

Für Freiheit, Recht und Gerechtigkeit

Parteipolitische Neutralität ist eine der Grundlagen, auf die die Existenz der christlichen Gewerkschaften aufgebaut ist. Ohne dem wäre es bei dem durch politische Parteien zerklüfteten Deutschland nicht möglich gewesen, die christlich-national gesinnten Arbeitnehmer in einer geschlossenen Bewegung zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Belange zusammenzuführen. Doch Neutralität darf nicht zur Charakterlosigkeit führen. Gewerkschaften sind in erster Linie Standes- und Interessenvertretung. Nicht nur gegenüber dem Arbeitgeber, sondern auch im Staats- und Gesellschaftsleben. Neutral sein kann sie nur gegenüber den übrigen Kräften im öffentlichen und politischen Leben, gegenüber den Parteien, die grundsätzlich die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer in Staat und Wirtschaft anerkennen. Sozialpolitik grundsätzlich bejahen. Dabei haben die christlichen Gewerkschaften niemals die Neutralität gegenüber einer Partei verlassen, die in Einzelfragen des sozialen Problems eine von den Gewerkschaften abweichende oder gar entgegengesetzte Stellung einnahm. Ausschlaggebend für ihr Verhalten ist und bleibt die Gesamteinstellung zu den sozialen Fragen.

Darüber hinaus aber geben es im öffentlichen Leben Fragen, die für die soziale Entwicklung von ausschlaggebender Bedeutung sind, die nicht mehr vom kleinsten parteipolitischen Standpunkt beurteilt werden dürfen oder von Parteien mit Gewalt zu parteipolitischen Angelegenheiten gemacht werden.

In diesen Angelegenheiten müssen die Gewerkschaften eine selbständige, bestimmte Haltung einnehmen, unbekümmert darum, ob es dieser oder jener Partei paßt oder nicht. Lebensinteressen eines Volkes, eines großen Standes stehen turmhoch über egoistischen Parteiinteressen.

Eine solche Angelegenheit ist die bevorstehende Wahl eines Reichspräsidenten. Unter den gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen hängt von dem Ausfall der Wahl ein gut Stück der Zukunft des deutschen Volkes ab.

Vom ersten Beamten des Reiches muß unbedingte Treue zur Verfassung, zur demokratischen Staatsform, die in der Verfassung verankert ist, verlangt werden. Wer sich um diese Stellung bewirbt, muß den Beweis erbracht haben, daß ihm Verantwortungsgedanke vor Gott und seinem Gewissen über alles geht. Als Arbeitnehmer verlangen wir ebenso wie alle anderen Stände und Volksschichten im besonderen, daß die ihnen verfassungsmäßig garantierten Rechte in vollem Umfange respektiert werden.

Für alles dieses bietet der bisherige Reichspräsident Hindenburg die beste Gewähr. Viele von unseren Mitgliedern haben vor sieben Jahren Hindenburg nicht gewählt. Deshalb nicht gewählt, weil er von Gruppen vorgeschlagen war, die in Deutschland die politische und soziale Reaktion verkörpern, die glaubten, in ihm einen Mann gefunden zu haben, der ihnen zu Willen sein würde, zum mindesten

nicht stark genug selbständig seine Entscheidungen nach Recht und Gewissen zu treffen. Sie haben sich geirrt. Der Reichspräsident zeigte sich auch im neuen Amte als ein Mann der Verantwortung. Genau wie nach dem Zusammenbruche Hindenburg an verantwortungsvoller Stelle bei seinen Truppen aushielt, nicht wie manche seiner Kameraden das Weite suchten, um sich in Sicherheit zu bringen, blieb er seinem Volke treu. Diese Gewissenhaftigkeit und Treue seinem Volke, seine Unparteilichkeit und sein Gerechtigkeits-sinn haben ihm das Vertrauen des Volkes gesichert. Die Aufstellung als Kandidat für die neue Wahl ist daher keine, kann keine Parteisache sein. Mit Ausnahme der Extreme von rechts und links ist Hindenburg von allen anderen in Vorschlag gebracht. Weil er die Hoffnungen der Scharfmacher und Herrenmenschen enttäuschte, hat er sich das volle Vertrauen der christlich-nationalen Arbeitnehmer-schaft erworben.

Nur dem ist die politische Macht eines Reichspräsidenten anzuvertrauen, der die Gewähr bietet für Freiheit, Recht und Gerechtigkeit einzutreten. Und diese Gewähr kann uns kein anderer der Kandidaten bieten.

Klar und deutlich hat die christlich-nationale Arbeitnehmer-schaft an alle, die Anspruch auf die Staatsmacht erheben, die Frage gestellt: Achtet ihr den Arbeitnehmer als gleichberechtigt in Staat und Wirtschaft? Erkennt ihr das Mitbestimmungsrecht an? Wollt ihr den Arbeitnehmern, genau wie den übrigen Ständen und Volksschichten eine freie, unabhängige Berufs- und Standesvertretung garantieren? Wenn auch versteckt, dann doch nicht minder klar und deutlich ist uns die Antwort von rechts und links gegeben. Proletarische Diktatur nach dem Vorbild des Bolschewismus! war die Antwort der einen. Und die anderen? Zerschlagt, unterminiert, höhlt die unabhängige Berufs- und Standesvertretung von innen heraus durch Betriebszellen aus! ist die Antwort der anderen Seite.

Die Kandidaten der Harzburger Front, wo die größten Scharfmacher und die Verfechter des unbedingten Gehorsams mit den Vertretern eines wirtschaftlich und kulturell undefinierbaren Sozialismus sich zusammenfanden, können nicht die Kandidaten einer christlich-nationalen Arbeitnehmer-schaft sein. Wir lieben klare Fronten. Ein „Sozialist“ mit den Wahlgebern der größten Scharfmacher und Herrenmenschen unterstützt, erscheint uns als eine unmögliche Schachfigur, dem wirklich nicht die erste Stelle im Reiche angeboten werden kann. Eine Arbeiterstimme diesem Kandidaten wäre eine zutreffende Illustration zu dem Sprichworte von den alldürmsten Kälbern.

Unsere Stellung ist daher vollständig klar. Aus staatspolitischen, wirtschaftlichen, sozialen und Gründen kultureller Art keine Stimme einem anderen wie dem bisherigen Reichspräsidenten Hindenburg.

Seine Wiederwahl ist die beste Garantie für den nationalen, wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufstieg Deutschlands.

Die öffentlichen Betriebe haben dem Gesamtwohl zu dienen

Es liegt im Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsform, daß die Produktion von Gütern, die Bereitstellung von Leistungen sich nicht richtet nach kulturellen, sozialen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern nach der Rentabilität, nach der Möglichkeit, möglichst viel Geld zu verdienen, eine hohe Rente herauszuwirtschaften. So haben wir denn heute in dieser Notzeit noch eine ganze Reihe von Betrieben, deren Erzeugnisse als höchst überflüssig, wenn nicht gar schädlich bezeichnet werden müssen, deren vollständiges Verschwinden ein kultureller, sozialer und volkswirtschaftlicher Gewinn wäre. Wieder andere beliefern den Markt mit Waren, die gewiß geeignet sind, das Leben angenehmer zu gestalten, deren Konsum aber zu der heutigen Notzeit paßt wie die Faust aufs Auge. Eine mit aller Raffinesse geführte Reklame schafft für diese schäd-

lichen oder doch höchst überflüssigen Erzeugnisse künstlich einen Bedarf und Absatz. Ein Teil des Volkes fällt immer noch auf diese Reklame herein, läßt sich Bedürfnisse suggestieren, die bei gesundem natürlichem Empfinden gar nicht aufgenommen könnten.

Der volkswirtschaftliche Schaden liegt darin, daß Betriebskapital und Konsumkraft in falsche Bahnen gelenkt werden. Jeder Verbrauch von schädlichen oder doch höchst überflüssigen Erzeugnissen schränkt den Verbrauch von wertvollen Waren ein. Um wieviel könnte der allgemeine Gesundheitszustand des Volkes gehoben werden, wenn jene Kapitalien, die heute in der Produktion und im Handel mit allem möglichen überflüssigen Zeug investiert sind, für ein gesundes Wohnungswesen, für die Einschränkung der Unterernährung weiter Volksschichten verwandt würden?

Im Gegensatz hierzu stehen die öffentlichen lebensnotwendigen Betriebe. Wie schon die Bezeichnung „lebensnotwendig“ besagt, handelt es sich hier um Erzeugnisse und Leistungen, die zur Befriedigung lebensnotwendiger Bedürfnisse bestimmt sind. Ohne Wasser, Gas, Elektrizität und Verkehrsmöglichkeit wäre ein geordnetes Wirtschaftsleben in einer Stadt nicht mehr denkbar. Ohne Kanalisation, Straßenreinigung, öffentlichen Anlagen, Friedhöfe, Krankenhäuser, Schlachthöfe, Müllabfuhr usw. nützen uns alle ärztliche Wissenschaft und Kunst nichts in der Verhütung von ansteckenden Krankheiten und Epidemien. Weil sie lebensnotwendig sind, müssen sie notwendigerweise dem kapitalistischen Gewinnstreben entzogen, auch dann geführt werden, wenn sie keinen Gewinn abwerfen, oder gar erhebliche Zuschüsse erfordern.

Die sogenannten merkwürdigen Betriebe, wie Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke, Post, Verkehrsunternehmen usw. sind zwar auch dann in der Lage den Bedarf zu befriedigen, wenn sie privatkapitalistisch betrieben werden. Wenn trotzdem die öffentliche Hand hierauf Beschlag gelegt hat, geschieht es in der Hauptsache deshalb, um die sich hier ergebenden Gewinnmöglichkeiten auszunutzen. Die öffentlichen Körperschaften bedürfen bei der gesunkenen Steuerkraft dieser Einnahmen, um damit die übrigen Zuschußbetriebe und Unternehmungen über Wasser halten zu können.

Diese besondere Stellung der öffentlichen Betriebe legt den in ihnen beschäftigten Arbeitnehmern einerseits besondere Pflichten auf, gibt ihnen aber auch andererseits besondere Rechte. Auch als freie Arbeiter haben sie die Verpflichtung, bei Wahrung ihrer berechtigten wirtschaftlichen Belange Rücksicht auf die Aufgabe ihres Betriebes, dem Gesamtwohl zu dienen, zu nehmen. Eine restlose Ausnutzung einer guten Konjunktur ist ihnen versagt. Vom letzten Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes, von der Stilllegung der Betriebe, der gemeinsamen Arbeitseinstellung, können und dürfen sie nur im äußersten Falle Gebrauch machen.

Dieser Verzicht auf restlose Konjunkturausnutzung gibt ihnen aber auch das Recht auf erhöhten sozialen Schutz in Krisenzeiten. Den Besitzern der Betriebe, den Arbeitgebern, ist es sittlich und moralisch nicht gestattet, bei Ueberangebot von Arbeitskräften nun ihrerseits die Konjunktur restlos auszunutzen, ihre wirtschaftliche Macht zu mißbrauchen. Unseres Erachtens haben hier die letzten Notverordnungen das Maß des Zulässigen weit überschritten. Selbst wenn die Notlage der öffentlichen Körperschaften im Augenblicke diese harten unsozialen Maßnahmen rechtfertigten, besteht die Verpflichtung, sie sofort zu mildern, wieder zu beseitigen, sobald hierzu die Möglichkeit besteht.

Noch in einem anderen Zusammenhange muß hier die Verpflichtung der öffentlichen Betriebe, dem Gesamtwohl zu dienen, herausgestellt werden, die den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam zu erfüllen obliegt.

Revolutionäre Kräfte haben längst erkannt, daß, wer die öffentlichen Betriebe beherrscht, auch die Hand an der Gurgel des Staates hat. Um des Gesamtwohles willen können sie sich nicht in den Dienst einer illegalen Machegruppe stellen.

Im Jahre 1918, als die alten politischen Machthaber, die das Vertrauen des Volkes vermisst hatten — keine Hand rührte sich zu ihrer Verteidigung — zurücktraten, Volk und Vaterland im Stiche ließen und ins Ausland flohen, stellten sich die öffentlichen Betriebe in den Dienst der als legal anzuerkennenden Staatsgewalt. Harte Kämpfe wurden damals gegen die Spartakiden geführt, die glaubten, über den Besitz der Macht in den öffentlichen Betrieben, die Staatsgewalt an sich reißen zu können.

Als 1920 die politische und soziale Reaktion unter der Führung eines Rapp versuchte, die legale staatliche Macht gewalttätig zu stürzen, waren es die öffentlichen Betriebe, die, sich ihrer Verantwortung bewußt, es ablehnten, den Putschisten zu dienen.

Die heutige Zeit ist wieder gewitterchwanger. Ein Teil der durch Arbeitslosigkeit, Not und Armut verbitterten, hoffnungslos gewordenen, teils durch Demagogie radikal-

Front der christlichen Arbeiterschaft gegen den Radikalismus von links und rechts

Angesichts der offenkundigen Gefahren, die von den radikalen Bewegungen — Nationalsozialismus und Kommunismus — für die Ordnung in Wirtschaft und Staat ausgehen, hat nunmehr auch die christliche Arbeiterschaft in allen Bezirken Westdeutschlands ihre freiwilligen Bereitschaften zum Schutze der Ordnung formiert. In diesen Bereitschaften der christlichen Arbeiterschaft, in der „Volksfront“, stehen Gewerkschaften, Arbeitervereine und Gesellenvereine Schulter an Schulter zur Abwehr jedes gewalttätigen Angriffs auf die verfassungsmäßige Ordnung. Die zunächst dreigliedrige Führung der Volksfront liegt für Westdeutschland bei den Herren Körner-Köln (Gewerkschaften), Letterhaus-Köln (Arbeitervereine) und Kaker-Köln (Gesellenvereine). Die Verbindung mit weiteren Gliederungen der christlichen Arbeiterbewegung sowie anderen verfassungstreuen Kreisen des Volkes ist aufgenommen. Die gesamte christliche Arbeiterschaft wird aufgefordert, sich in die betrieblichen und örtlichen Bereitschaften der Volksfront einzugliedern.

Die christliche Arbeiterschaft steht auf der einen radikalen Seite. Auf der anderen Seite ein durch die Inflation verarmtes Bürgertum, ein wild gewordener Haufen von Spießbürgern, durch die Staatsumwälzung stellen- und einflusslos gewordene Beamte und Militärs, Herrenmenschen, die in Gesellschaft und Wirtschaft die Gleichberechtigung der unteren Stände nicht anerkennen wollen, Industrielle, denen der Betriebsrat, die Gewerkschaft als das größte Uebel erscheint, und zuletzt eine in längst überholten Anschauungen und Wertbegriffen erzogene, irre geleitete Jugend, die einer Kata Morgana als Ideal nachjagt. So verschieden beide radikalen Strömungen in ihren Zielen auch sind, einzig sind sie sich in dem Bestreben, das „bisherige System“ zu stürzen. Die einen verstehen unter diesem System Uebermacht des Kapitals, Ausbeutung der Arbeiterschaft, Herrenmenschentum, Autokratie einer kleinen Schicht in Staat und Wirtschaft und wollen als Ziel die Diktatur des Proletariats nach bolschewistischem Muster.

Der anderen Seite erscheint das „heutige System“ als eine Ausgeburt der Demokratie, wo der Pöbel die Staatsmacht beherrscht, der Parteibuchbeamte regiert, die nationalen Interessen verraten werden, Lügner und angeborenes Führertalent verkümmern muß, die Kirche den Staat beherrscht, der Jude der eigentliche Führende ist und der Rasseglaube als der Kern des nationalen Bewußtseins verkümmern muß. Dabei scheint es selbstverständlich zu sein, daß der Kapitalist, der Großindustrielle, sich unter der Beseitigung dieses Systems etwas ganz anderes vorstellt, wie der arbeitslose S.A.-Mann, der seine Knochen buchstäblich tagtäglich zu Markte trägt, um wenigstens an der Gulagschlangone seinen Hunger stillen zu können.

Bei diesen sich kreuzenden, über- und gegeneinander laufenden Bestrebungen ist es selbstverständlich, wenn eine derartige extreme Bewegung sich in der Phase erschöpfen muß, zu praktischer Mitarbeit am Staats- und Kulturleben als unfähig erweist.

An der denkenden organisierten Arbeiterschaft sind bisher alle Bestrebungen, sie in den Bann der Extreme von rechts hineinzuziehen, gescheitert. Jahrzehntelange praktische Mitarbeit im sozialen Ringen, die Notwendigkeit, sich mit den realen Dingen auseinanderzusetzen, hat ihre Sinne geschärft, verbietet ihnen Ideologien nachzujagen. Resigniert mußte noch in den letzten Tagen zugegeben werden, eine legale Ergreifung der Staatsgewalt scheitert an dem Widerstande der organisierten Arbeiterschaft.

Um so größer ist die Gefahr, auf illegalem Wege zum Ziele kommen zu wollen.

Krankhafte Versuche werden gemacht, sowohl von rechts wie von links, über die öffentlichen Betriebe dem Staate an die Gurgel zu springen. Die Putschversuche der Kommunisten, durch den Generalfreistich sich in den Besitz der Macht

nur nicht über die Wirtschaftlichkeit der Betriebe. Zwei ganz sich wechselseitig bedingende Faktoren, wirtschaftliche Betätigung und Steuerwesen, werden derart durcheinander gewürfelt, daß selbst der Fachmann, geschweige denn die Bevölkerung, sich nicht auskennen kann. Wenn es sich nur um die Auscheidung der indirekten Steuern handelte die sich in den etatsmäßig festgesetzten Abführungen an die Stadthauptkasse usw. wieder spiegeln, wäre die Sache einfach. Viel schwieriger schon ist die richtige Verteilung der anderen Posten, wie Gebühren für die Benutzung der Straßen, Beiträge zur Unterhaltung derselben seitens der GVEwerke und Straßenbahnen, Kosten der Straßenbeleuchtung, Lieferung des Brennstoffs seitens der Werke für die Heizung öffentlicher Gebäude, Gewährung von Freifahrten, Beiträge zur Fluchtlinienverbesserung usw. Andererseits wiederum Lieferungen und Leistungen der Werke untereinander. Strom für die Straßenbahnen seitens der Werke usw. Ebenso viele Rätsel gibt der Posten Verzinsung auf. Kein Posten im Etat, der Bilanz oder des Geschäftsberichtes, in dem nicht mehr oder weniger Steuerrecht und wirtschaftliche Tätigkeit durcheinander gewürfelt ist.

Wenn auch dieses Durcheinander in der Regel keine direkte Schädigung der Bevölkerung zu bedeuten braucht, jedenfalls aber widerspricht es der berechtigten Forderung nach mehr Klarheit, Wahrheit und Durchsichtigkeit der privaten und öffentlichen Wirtschaft.

Reichs- und Staatsarbeiter

Der Hauptbetriebsrat im Reich des Reichswehrministeriums.

Am 18. und 19. Februar war der Hauptbetriebsrat im Reich des Reichswehrministeriums zusammengetreten, um zu verschiedenen wichtigen Fragen Stellung zu nehmen. Der Geschäftsbericht vom vergangenen Jahre wurde vom Vorsitzenden erstattet. Es sind 710 Eingänge zu verzeichnen, die sämtlich erledigt worden sind. Im Berichtsjahr konnte insoweit ein Fortschritt erzielt werden, als es gelungen ist, Betriebe zwecks Bildung von Betriebsräten zusammenzufassen. Es ist so möglich geworden, auch für kleine Betriebe einen Betriebsrat zu schaffen. Dadurch sind die Beschwerden, die an den Hauptbetriebsrat gelangen, an Zahl zurückgegangen. — Hingegen bereiten die eingetragenen Betriebseinschränkungen viel Arbeit. Große Unterschiede kann man bei den Instandsetzungswerkstätten der einzelnen Truppenteile wahrnehmen. Die Mehrheit arbeitet noch voll, andere dagegen sind bis auf 36 Stunden herabgegangen. Wertwürdig ist, daß einzelne Truppenteile bei Einführung der Kurzarbeit keinerlei Fühlung mit der örtlichen Betriebsvertretung genommen haben. Das widerspricht den Ausführungsbestimmungen zu § 5 des TAR. — Besonders hart sind die Einschränkungen in den Bekleidungsämtern gemessen. Die Bestimmungen der Privatindustrie, die Regiebetriebe zu befestigen, machen sich immer mehr bemerkbar.

Nach dem Geschäftsbericht wurde zu der Verfügung des Reichswehrministers vom 21. 10. 1931 (Nr. 126, 9. S. B. 30) Stellung genommen, nach der die Truppenteile angehalten sind, die Zahl der Zivilhandwerker und Kammerarbeiter einzuschränken; auf 100 Militärpersonen soll ein Schuhmacher, auf 110 Militärpersonen ein Schneider gehalten werden. Da die Tragezeiten für Kleidungsstücke außerdem verlängert worden sind, muß befürchtet werden, daß die getroffenen Maßnahmen über das Leistungsvermögen der Handwerker hinausgehen. Ein Vertreter des Ministeriums erklärte hierzu, daß die Truppenteile hinsichtlich der Beschäftigung von Handwerkern leider sehr unterschiedlich verfahren; für die meisten Truppenteile bringt die Verordnung keine Verminderung der Handwerkerzahl. Die Regiebetriebe müssen aber so gestaltet werden, daß sie jeder Kritik standhalten. Dort, wo zuviel Handwerker beschäftigt sind, sollen diese auf eine erträgliche Zahl herabgesetzt werden. Was die Verlängerung der Tragezeiten anbelangt, so bringe diese keinen stärkeren Arbeitsanfall; denn praktisch hätten die Truppenteile bereits die längeren Tragezeiten gehabt. Wenn einzelne die Verfügung zum Anlaß genommen haben, Handwerker zu entlassen, so sind sie hierzu nicht berechtigt gewesen; denn in Ziffer 2 der Verfügung ist ausdrücklich folgende Bestimmung aufgenommen worden:

„Die Verminderung der Zahl der Handwerker ist nach Maßgabe des natürlichen Abgangs (Tod, Ausscheiden usw.) oder durch Beschäftigen an anderer Stelle, z. B. als Arbeiter auf den Bataillons- usw. Kammern nach Ziff. 1 durchzuführen. Entlassungen zu dem genannten Zwecke sind zu vermeiden.“

Ein Ministerialrat erklärte, mit der Bekleidungsabteilung in Verbindung treten zu wollen, daß für die Zukunft etwa auftretende Härten vermieden werden.

Den Schaden hiervon haben in erster Linie die Regiebetriebe selbst. Wirkliche Fehler und Mängel in der kaufmännischen und technischen Führung lassen sich bei diesem Systeme, wenn überhaupt, dann doch in der Regel zu spät erkennen. Eine eingehende Kontrolle, dessen ein jeder Betrieb, je größer, um so notwendiger, bedarf, wird erschwert, da es an zulässigen Vergleichsmöglichkeiten fehlt.

Werden dagegen die einzelnen Unterkostenposten, dessen Summa den Preis bestimmen, genau zerlegt, sieht auch die Bürgerschaft, welchen Anteil der eigentliche Preis für Lieferung und Leistung, und welcher Anteil der Steuerfiskus an den Tarifen hat.

Gerade heute, wo eine Senkung der Tarife stürmisch verlangt wird, wegen der hohen Tarife Vorwürfe der mangelhaften Betriebsführung gegen die öffentlichen Betriebe besonders stark erhoben werden, sollten diese mit besonderer Sorgfalt nach Klarheit, Wahrheit und Durchsichtigkeit der Etats, Bilanzen und Geschäftsberichte streben.

Mancher, der heute Unmögliches in der Tarissenkung verlangt, würde durch restlose Offenlegung der Karten eines Besessenen belehrt werden. Und viele, die nicht stürmisch genug nach der privatrechtlichen Wirtschaftsform der lebenswichtigen Betriebe schreien, würden sicherlich einen anderen Standpunkt einnehmen, wenn ihnen nachgewiesen wird, um welche gewaltigen Summen die Steuerzahler durch die öffentlichen Betriebe entlastet werden.

Gegen den Entwurf einer Musterarbeitsordnung erhob der Vorsitzende verschiedene Einwände. Ein Vertreter des Reichswehrministeriums erwiderte, daß die Sache noch nicht als abgeschlossen gelte. Man werde seitens des Ministeriums zu den Einwendungen erneut Stellung nehmen.

Hierauf wurde über die Anwendung des § 6 des TAR, in den Lazaretten gesprochen. Vom Hauptbetriebsrat wurde der Wunsch geäußert, in den Lazaretten die Arbeitszeit auf 48 Stunden herabzusetzen, dafür aber Neueinstellungen vorzunehmen. Ein Ministerialrat gab zu bedenken, daß es sich bei den Lazaretten zumeist um kleine Belegkassen handelt, die sich in verschiedene Arbeitnehmergruppen gliedern (Pflegerinnen, Köchinnen, Arbeiterinnen). Es müßte geprüft werden, ob in den Fällen der Verkürzung der Arbeitszeit es möglich ist, für eine jede Gruppe Arbeitnehmer neu einzustellen.

Zu der Feststellung, daß verschiedene Truppenteile bei Einstellungen versorgungsberechtigte Personen früheren Heeresarbeitern vorgezogen haben, erklärte der Ministerialrat, daß die Bestimmungen des TAR und die hierzu erlassenen Ausführungsbestimmungen nicht besagen, daß Versorgungsberechtigte den früher beschäftigten Reichsarbeitern bei Einstellungen nachzustehen haben. Wer einer solchen Auffassung sei, müsse auf den Weg der gerichtlichen Entscheidung verwiesen werden.

Im weiteren beschäftigte man sich mit einem Vorkommnis, das sich auf die Munitionsfabrikation erstreckte. In einem Marinearsenal waren einzelne Arbeitsgänge mittels Stoppsuhr festgestellt worden. Man gab der Befürchtung Ausdruck, daß dies zur Beschleunigung der Arbeit und damit zu Unvorsichtigkeiten Anlaß bieten könnte. Seitens der Marineleitung wurde hierzu erklärt: Ein Messen der einzelnen Arbeitsgänge bedeute nicht ein Anspornen zu schnellerer Arbeit. Die Unfallverhütungsvorschriften würden in der Munitionsfabrikation genau beachtet.

Ein Wunsch des Hauptbetriebsrats ging dahin, es möchten die Betriebsvertretungen doch darüber unterrichtet werden, welche Geldmittel für Personalausgaben zur Verfügung stehen, damit die Betriebseinschränkungen nicht immer gar zu unerwartet kämen. Dem Wunsch wird seitens des Reichswehrministeriums nähergetreten worden, obwohl man eine rechtliche Verpflichtung hierzu nicht anerkennt.

Weiter wurde gewünscht, daß bei allen Prüfungen zum Zwecke von Sparmassnahmen, soweit sie die Interessen der Arbeitnehmer betreffen, die zuständigen Betriebsvertretungen gehört werden. Ministerialrat kritisch wird diesen Wunsch den jeweiligen Kommissionen unterbreiten.

Ferner behandelte man einen Antrag, der sich auf die Gewährung einmaliger Lohubeihilfen erstreckt. Als Voraussetzung für die Gewährung sollte nicht mehr die „Würdigkeit“, sondern die „Bedürftigkeit“ gelten. Ein Vertreter des Reichswehrministeriums erklärte, das Prinzip der „Würdigkeit“ müsse für die Inanspruchnahme einer Unterstützung aufrechterhalten bleiben.

Zuletzt wurde noch herausgestellt, daß Aufgaben, die den örtlichen Betriebsräten zufallen, keinesfalls an den Hauptbetriebsrat gebracht werden sollen.

Die Arbeitsnot der Heeresbekleidungsämter

Die Sparmassnahmen, die auch bei der Heeresverwaltung vorgenommen werden mußten, haben für die Bekleidungsämter katastrophale Wirkungen gezeitigt. Die Kürzung der Mittel hat die einzelnen Truppenteile veranlaßt, ihre Aufträge einzuschränken. Infolgedessen müssen die Bekleidungsämter immer weitere Einschränkungen vornehmen, die einen großen Teil der Beschäftigten in Gefahr bringen, ihre Arbeit zu verlieren. Anlässlich dieser Gefahren fand am 19. Februar im Reichswehrministerium eine Besprechung statt. Unser Kollege Eberle (München) machte hierbei den Vorschlag, man möge die Herstellung von Bergstiefeln und Fußballschuhen den Heeresbekleidungsämtern überlassen, um über die Zeit der Not hinwegzukommen. Eine Prüfung dieses Vorschlages wurde zugesagt. Doch brachte Herr Oberregierungsrat Heuser zum Ausdruck, daß die Regiebetriebe gegenwärtig starken Angriffen ausgesetzt seien (zum Teil auch durch Arbeitnehmerverbände), und daß deshalb die Betriebe so gestellt werden müßten, daß sie allen Angriffen standhalten.

Aus unserer Rechtsschutzmappe

500 RM. Schadenersatz für Autounfall eines Straßenreinigers

Am 9. Januar 1931 war unser Verbandsmitglied K. in K. auf der Straße damit beschäftigt, die Fahrbahn vom Schnee zu reinigen. Dabei wurde er von hinten von einem Auto angefahren und überfahren. Hierdurch brach er den rechten Arm und erlitt auch innere Verletzungen. Der Unfall wurde polizeilich festgestellt und zur Anzeige gebracht. Die Anwaltschaft in K. stellte aber das Verfahren ein, da angeblich unser Kollege Mitschuld an dem Unfall trüge.

Infolge des Unfalls war der Kollege K. fast vier Monate völlig erwerbsunfähig und von dieser Zeit ab noch 60% erwerbsunfähig. Krankengeld wurde ihm von der Ortskrankenkasse und Lohnfortzahlung von der Stadt K. gewährt. Nach Verlauf von 26 Wochen erhielt der Kollege von der Gemeinde-Unfallversicherung eine Rente festgesetzt in Höhe von 75%, da sich der Zustand bis zu diesem Grad verschlimmert hatte. Der Kollege ist 62 Jahre alt.

Da in dem genannten Orte kein Verbandssekretariat besteht, übernahm die Hauptverwaltung die Interessensvertretung des Kollegen, gegenüber der Autoversicherungsgesellschaft. Nach langwierigen Verhandlungen kam eine Einigung auf der Grundlage zustande, daß die Autoversicherung die Schadensübernahme bezügl. der Versicherungsträger der Krankenkasse und der Unfallversicherung, aber auch gegenüber der Stadt wegen der Lohnfortzahlung im vollen Umfang übernimmt und außerdem dem Kollegen K. einen Schadenersatz von 500.— RM. in bar leistet.

Derselbe sandte uns folgende Karte:

Werte Kollege!

In Sachen meines Unfalles teile ich Dir mit, daß ich den Betrag von 500.— erhalten habe. Vielen Dank für Deine Bemühungen.

Mit gewerkschaftlichem Gruß
P. K.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Die Not der Gemeinden.

Hierüber veröffentlicht die „Soziale Praxis“ in Heft 9 wertvolles Zahlenmaterial, dem wir folgendes entnehmen: Die Gemeinden und Gemeindeverbände des Reiches hatten 1930 einen Gesamtfehlbetrag von 420 Millionen und aus den Vorjahren von 400 Millionen RM. Im Jahre 1931 trat infolge Einnahmeausfall und verstärkter Belastung durch die Arbeitslosigkeit ein weiteres Defizit von 280 Millionen ein, so daß sich mit Schluß des Etatsjahres 1931 ein folgendermaßen entfaltender Mehrbelastung in der Wohlfahrtserverswerbslosenfürsorge 740, Arsenfürsorge 150, sonstige Fürsorge 45, zusammen 935 Millionen RM. dazu kommen an Steuer- und Wertschöpfungssteuern 620, Verzinsung und Tilgung kurzfristiger Anleihen sowie sonstiger Fehlbetrag 435, insgesamt 2000 Millionen RM. Mehrbelastung.

Die Entlastung setzt sich zusammen aus: Besoldungsersparnis 280, Ausgabenreduzierung 750, Reichshilfe für Wohlfahrtserverswerbslose 230, Reiz der Landeshilfe 20, Reduzierung der gehobenen Fürsorge 10, erhöhte und neue Steuern sowie Zinsersparnis 535 Millionen RM., zusammen 1810 Millionen RM., wodurch sich obiger Fehlbetrag von 2000 Millionen RM. ergibt.

Für das neue Jahr werden ebenfalls keine günstigen Schätzungen laut. Als volle Auswirkung der letzten Gehalts- und Lohnsenkung werden noch 165, der Notverordnungsteuern 245, durch Preisrückgang 30, zusammen 440 Millionen RM. als Ersparnisse erwartet. Demgegenüber steht ein Steuerausfall von 270 und eine Mehrbelastung durch Wohlfahrtserverswerbslose von 300 Millionen. Es ist also mit einem weiteren Defizit von 130 Millionen RM. zu rechnen. Sollten die Hauszinssteuer-Schuldbestimmungen für Bedürftige aufgehoben werden, so würde daraus eine weitere Belastung der Fürsorgeverbände von 160 Millionen RM. entstehen.

Wie stark die Erwerbslosen die Gemeindefinanzen beeinflussen, geht aus folgenden Zahlen hervor. Am 31. 1. 1932 waren bei den Arbeitsämtern 8,042 Millionen Arbeitslose gemeldet, von denen 1,885 Millionen von der Versicherung, 1,596 Millionen von der Arsenfürsorge und 1,713 Millionen von der gemeindlichen Wohlfahrtsfürsorge unterstützt wurden. Auf 1000 Einwohner treffen im Reichsdurchschnitt 27,2 Wohlfahrtserverswerbslose, in Preußen sind es 29,15 (Berlin 54,77), in Bayern 16,5, in Baden 14,9, in Württemberg 6,9 und in Sachsen 45,4. Im Jahre 1928 haben in Preußen die Reichssteuerüberweisungen noch das neunfache des Erwerbslosenwandels betragen, 1931 in den Landkreisen nur noch ein Viertel. Von 1929—1931 sind die Lasten für Wohlfahrtserverswerbslose von 0,26 auf 1,2 Millionen RM. gestiegen.

Jede Kürzung der Unterstützungen aus der Sozialversicherung, ja teils schon Lohnkürzungen wirken zu ungunsten der Gemeindefinanzen, weil damit die Wohlfahrtslage unterschritten werden. Das Defizit wäre noch viel höher, wenn nicht die Richtsätze so stark gesenkt worden wären, während man früher 1000 Mark pro unterstützten Erwerbslosen rechnete, sind es jetzt nur noch 500—600 Mark. Diese Senkung der Unterstützungslage ist also viel stärker gewesen wie aller Preisabbau.

Angefaßt dieser Ziffern wird wohl hoffentlich das Geschrei von der Verschwendungssucht der Städte aufhören.

Der Reichsindex für die Kosten der Lebenshaltung im Februar 1932.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „Sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Februar auf 122,3 gegenüber 124,5 im Vormonat; der Rückgang beträgt somit 1,8 Prozent. An dem Rückgang sind sämtliche Bedarfsgruppen — außer der Wohnung, deren Indexziffer mit 121,5 unverändert geblieben ist — beteiligt. Es sind zurückgegangen die Indexziffern für Ernährung um 1,9 Prozent auf 113,9, für Heizung und Beleuchtung um 2,4 Prozent auf 137,0, für Bekleidung um 3,0 Prozent auf 120,2, für „Sonstigen Bedarf“ um 2,2 Prozent auf 167,3.

Die Berechnungen auf Grund der Preisfeststellungen in der zweiten Februarhälfte ergeben im ganzen gegenüber der ersten Februarhälfte 1932 eine Zunahme um 0,3 Prozent, gegenüber der zweiten Januarhälfte 1932 eine Abnahme um 0,6 Prozent, gegenüber der zweiten Januarhälfte 1931 eine Abnahme um 12,5 Prozent, gegenüber der zweiten Februarhälfte 1931 eine Abnahme um 11,7 Prozent.

Gegenüber den Kosten im November 1931, wo der Index für die Gesamtlebenshaltung auf 131,9 stand, ist demnach ein Rückgang um 8,6 Punkte oder 6,5 v. H. eingetreten. Der durch die Notverordnung diktierten Kürzung der Löhne und Gehälter um 10 v. H. bleibt daher die Preisentwertung um 3,5 v. H. der Gesamtkosten zurück. Die Preisentwertung beträgt nur zwei Drittel der Lohnsenkung. Um letztere in nächster Zeit vollständig auszugleichen, bedarf es einer stärkeren zielbewußteren Mitarbeit der Konsumenten, um Widerstrebende zur weiteren Preisentwertung zu zwingen.

Nur Gewerkschaftler erhalten Tariflohn.

Vor der Arbeiterkammer des Arbeitsgerichts Essen klagte vor einigen Tagen ein Lastwagenfahrer gegen seinen Arbeitgeber auf Zahlung eines Tariflohnes in Höhe von 86 Pf. die Stunde. Er gehörte keiner Gewerkschaft an. Das Gericht sprach dem Beifahrer einen Lohnanspruch zu; es lehnte aber die Höhe des Anspruches ab, weil es sich um einen Tariflohn handelt, auf den nur Mitglieder einer Gewerkschaft Anspruch haben. Da der Beifahrer keiner wirtschaftlichen Organisation der Arbeitnehmer angehört, reichte ihm nur ein angemessener Lohn zu. Was das Gericht als angemessen erachtet, zeigt das Urteil, nach dem der Beifahrer den Anspruch auf einen Stundenlohn von 60 Pf. hat. Wegen der Differenz zwischen Tariflohn und angemessenem Lohn ließ das Gericht um der grundsätzlichen Bedeutung die Berufung am Landesarbeitsgericht zu.

Günstige Entwicklung der christlichen Gewerkschaften in der Tschechoslowakei.

In der Tschechoslowakei sind die Gewerkschaften nicht nur weltanschaulich, sondern auch völkisch getrennt, da das Deutschtum hart um seine Existenz ringen muß. Am klarsten kommt dies in den Arbeitslosenziffern zum Ausdruck. Bei den deutschen Gewerkschaften waren von 1000 Mitgliedern rund 300 arbeitslos, bei den tschechischen nur 100. Trotz dieser schwierigen Lage konnte die deutsch-christliche Gewerkschaftsbewegung ihre Mitgliederzahl im letzten Jahr um 2286 steigern. Die Aufwärtsbewegung zeigen folgende Ziffern:

1. 1. 1927	18 655 Mitglieder
1. 1. 1930	25 219 "
1. 1. 1931	27 151 "
1. 1. 1932	29 437 "

55 neue Ortsgruppen konnten gegründet werden und stieg deren Zahl auf 367, in 484 Betrieben war es möglich, der christlichen Bewegung Eingang zu verschaffen, und verteilt sich jetzt die Mitgliedschaft über 1749 Betriebe. Lohnpolitisch hatten die Verbände schwer zu kämpfen, da auch in der Tschechoslowakei Lohnabbau Trumpf ist. Bei einer Anzahl Bewegungen gelang es trotzdem, noch Lohnerhöhungen zu erzielen.

Der Bundeslag der Bodenreformer

findet statt vom 16. bis 20. Mai in Danzig. Er wird sich befassen mit Fragen der Landwirtschaft, der Steuerreform, der Überwindung der Arbeitslosigkeit. Ein Besuch von Kloster Orla und Bad Joppot ist vorgesehen. Sein Ausklang ist ein Vortrag auf der Marienburg über „Die Finanzpolitik des Deutschritter Ordens.“

Auskunft durch: Bund Deutscher Bodenreformer, Berlin NW 87, Reisingstraße 11.

Ein Nachwort zu den Generalversammlungen

Den Ortsgruppenvorständen zur besonderen Beachtung empfohlen.

Von Ende Januar an bis Mitte März braucht sich die Redaktion bestimmt nicht über mangelnde Mitarbeit der Kollegen zu beklagen. Jede Post bringt Berichte in Fülle und Fülle von Generalversammlungen. Das Durchsehen derselben kann nun eine angenehme, aber auch eine unangenehme Arbeit sein. Das hängt zum größten Teil vom Schreiber ab, wenn derselben auch nicht immer die Schuld trifft. Zunächst eine Feststellung, die zwar oft schon hier ausgesprochen wurde, aber immer wieder in Vergessenheit gerät; der Bericht in der Verbandszeitung ist kein Protokoll, das muß der Schriftführer schon extra anfertigen, soll nicht nur für die Mitglieder der Ortsgruppe sein, sondern auch den übrigen Kollegen etwas vom Leben und Treiben am Orte sagen. Dem Kollegen in Ostpreußen ist es aber ganz gleichgültig, daß in der und der Ortsgruppe in Süddeutschland die Versammlung im Nebenzimmer des Hotels „Zum wilden Stier“ stattgefunden hat. Unsere Verbandszeitung ist kein Nachweis für Gasthäuser mit Versammlungsräumen. Ebenso nebensächlich ist es, daß der 22. Februar ein Montag war und der Vorsitzende um 7.15 Uhr die Versammlung eröffnete. Weil wir wissen, daß unsere Vorsitzenden alle höfliche Leute sind, und die Versammlungstechnik beherrschen, erübrigt sich auch die Feststellung, daß er die Anwesenden begrüßt und dem Redner nach dem Vortrag dankte, sowie zu Beginn das Protokoll vorlesen ließ. Also all diese Selbstverständlichkeiten müssen gestrichen werden, wie es uns der zur Verfügung stehende Raum auch nicht erlaubt, die Namen sämtlicher Vorstandsmitglieder, Revisoren, Kartelldelegierten usw. zu bringen.

Das ist aber leichter gesagt als getan, weil manchmal dann so gut wie nichts mehr stehen bleibt. Erscheint aber der Bericht nicht, so kommt bestimmt eine Mahnung und dabei nicht gerade im lebenswürdigsten Ton. Dem Redakteur bleibt nichts weiter übrig, als auf Grund von Nachfragen bei der Hauptkassse und soweit es geht aus eigener Erfahrung den Bericht zu ergänzen, damit er dem Donnerwetter des betreffenden Schriftführers entgeht. Manche vergessen nämlich anzugeben, was im Geschäftsbericht gesagt wurde und von dem interessanten Vortrag erzählt man nicht mehr, als daß er reichen Beifall fand und eine lebhafteste Diskussion auslöste. Diejenigen Berichte, die etwas weiter gehen, geben hervor, wie schlecht die wirtschaftlichen Verhältnisse waren und daß es Lohnkürzungen gab. Das ist ohne Zweifel wichtig und wertvoll für die Zukunft festzuhalten, trifft aber auf die übrigen 450 Ortsgruppen genau so zu.

Was wir haben wollen, ist das Besondere der Ortsgruppe und das sind oft Sachen, die der Berichtsstatter als Neben-

sache betrachtet. Hausagitationen z. B. wurden nicht in allen Orten abgehalten und doch konnten eine ganze Reihe Ortsgruppen erwähnen, daß sie damit Erfolge hatten. Es ist dies ein Zeichen, wie dieses alterprobte Agitationsmittel auch heute noch seine Wirkung ausübt und durch die Betriebswerbung nicht ganz ersetzt werden kann. Eine Ortsgruppe berichtet, die Versammlungen sind immer gut besucht gewesen, obwohl einzelne Kollegen bis zu 25 Kilometer Weg zum Versammlungsort hatten. Dieser eine Satz spricht mehr von dem zähen Willen der betreffenden Kollegen zusammenzuhalten, als zehn Beteuerungen, daß die Versammlung „harmonisch“ verlaufen ist. Anderwärts wurden Kurse veranstaltet oder haben die Kollegen sich besonders tatkräftig für die christliche Arbeiterhilfe eingesetzt usw. Trotz Lohnabbau war es möglich, auch Erfolge für die Kollegen selbst zu erzielen. Allgemein gilt die Befreiung von der Krisensteuer, das Besondere liegt aber bei der Verhütung von Entlassungen, große Summen wurden den Kollegen durch den Rechtschutz erstritten und gar manche Strafe von den Verkehrsbediensteten abgewandt. So gibt es eine Unmenge, was wertvoll ist, festgehalten zu werden und jedem Bericht eine besondere Note gibt oder geben könnte.

Allerdings darf nun nicht in den Fehler verfallen werden, die Berichte möglichst lang zu machen. Die Länge tut's nicht, sondern das, was drin steht. So mußten sehr lange Berichte auf wenige Sätze zusammengestrichen werden, während es bei anderen, die auch zu lang waren, sehr schwer fiel, dieselben auf das notwendige Maß zu kürzen, weil nur wenig Nebensächliches darin stand, der Bericht aber zu lang war. Die Form spielt dabei eine weniger große Rolle. Es ist nicht eines jeden Sache, alles direkt druckfertig niederzuschreiben, das ist aber nicht schlimm; denn der Redakteur soll ja auch Arbeit haben. Wenn der die notwendigen Angaben bekommt, was sich zugetragen hat, und aus dem Schreiben dazu noch so ein lebendiger Geist spricht, daß man beim Lesen unwillkürlich in die Mitte der Generalversammlung versetzt wird, dann sollen sich die Kollegen der betreffenden Ortsgruppe schon nicht beklagen, daß sie keinen guten Bericht in der Verbandszeitung haben.

Liegt es aber immer am Schriftführer, wenn die Versammlungsberichte nicht so gut ausfallen? „Wo nichts ist, da ist auch nichts zu holen“, folglich steht ein inhaltreicher Versammlungsbericht auch voraus, daß der Schreiber was zu berichten hat. Deshalb muß Wert darauf gelegt werden, in dem Geschäftsbericht auch tatsächlich einen Rechenschaftsbericht abzulegen, was in der Ortsgruppe sich ereignet hat. Dann soll man sich aber auch nicht scheuen, wenn in der Ortsgruppe ein Rückgang der Mitglieder zu verzeichnen ist, nach den Gründen zu forschen. Die allgemeine schlechte Lage und die Arbeitslosigkeit sind nicht die Ursachen, mit denen man alles entschuldigen kann. Wir haben Ortsgruppen, die viel Arbeitslose haben und trotzdem gut arbeiten. Man darf die Verbindung mit den Arbeitslosen, weil sie keine Beiträge mehr bezahlen und beim Verband ausgeblieben sind, nicht verloren gehen lassen. Vor allem muß auch für regelmäßige Zustellung des Verbandsorgans und der Versammlungseinladungen gesorgt werden.

Von großem Einfluß auf die Entwicklung einer Ortsgruppe ist die Haltung der Vorstandschaft. Wenn da alles grau in grau gesehen und 1931 als ein „Katastrophenjahr“ für die Arbeiterchaft bezeichnet wird, dann wird sich diese Stimmung auf die Mitgliedschaft bald auswirken. Zu Hoffnungslosigkeit besteht für uns kein Anlaß. Gewiß, wir haben schwere Opfer bringen müssen, wir können aber auch auf Erfolge verweisen, wie Beseitigung der Krisenlohnsteuer, Ermäßigung der Bürgersteuer für Ruizarbeiter. Zahlreiche Kollegen danken es einzig und allein dem Verband, wenn sie heute noch in Arbeit sind. Wie es aussehen würde, wenn wir keine Gewerkschaften hätten, brauchen wir nur anzudeuten, um klarzulegen, daß zu Schwarzseherei kein Anlaß besteht. Das ist zum Glück auch nur die Ausnahme. Die Mehrzahl unserer Ortsgruppen hat sich einen guten Geist bewahrt und einige haben sogar einen angriffsfreudigen Optimismus. Deshalb weg mit allem Pessimismus, als wenn wir schon am Ende der Welt stünden.

Wird ein neues Kabinett gebildet, so hält der neue Reichskanzler oder der Ministerpräsident seine Programmrede, in der er darlegt, welche Aufgaben er sich gestellt hat. So mühte auch der Vorstand nach der Wahl oder Wiederwahl nicht nur allgemein versprechen seine Pflicht zu tun, sondern sich ganz konkrete Aufgaben stellen. Da ist vielleicht dieser oder jener Betriebsleiter, in dem wir nur schlecht vertreten sind, also Parole: Eröberung dieses Betriebes. Dann darf aber auch das ganze Jahr nicht nachgelassen werden, dieses Ziel zu erreichen? Auf den ersten Fieb fällt bekanntlich kein Baum. Oder es herrscht in der Ortsgruppe eine besonders starke Fluktuation, dann wird man regelmäßige Hausagitationen abhalten müssen, um diesen starken Wechsel in der Mitgliedschaft zu beheben. An Aufgaben wird es nirgends fehlen.

Eine sehr sorgfältige Vorbereitung ist nicht nur für die Generalversammlung notwendig, sondern auch für jede gewöhn-

liche Versammlung. Da war ich einmal an einem Ort, wo vier oder fünf Punkte auf der Tagesordnung der Versammlung standen. Bei jedem entspann sich eine lebhafte Diskussion zwischen dem Vorsitzenden und fünf oder sechs Mitgliedern, von denen verschiedene zur selben Sache mehrmals das Wort nahmen, worauf die anderen mit anderer Ansicht ebenso oft antworteten. Der Vorsitzende fand es geradezu störend, als der Verbandsangestellte zum Punkte Betriebsratswahlen einen Vortrag hielt, beobachtete aber nicht, daß diese ständigen Rededuelle von den unbeteiligten Mitgliedern mit der Zeit als langweilig empfunden werden und wunderte sich über den schlechten Versammlungsbesuch. Wie soll da z. B. auch der Schriftführer einen Bericht über die Versammlung für die Verbandszeitung schreiben können.

Gewiß, wo der Verbandsangestellte am Orte ist, ist es leichter, ständig einen Vortrag zu haben, aber es muß auch ohne den gehen, wie es gleichfalls nicht gut ist, wenn derselbe nun in jeder Versammlung redet, weil das auch langweilig wird. Besser ist der Sekretär eines anderen Verbandes am Orte und kann der einmal einen Vortrag halten oder ein Arbeitersekretär.

Als Gemeindearbeiter sind wir doch stark an das Wohl und Wehe der Stadt gebunden. Innerhalb des Stadtverordnetenkollegiums gibt es sicher den einen oder anderen, der Mitglied des DGB ist, der es übernimmt, einmal über Fragen zu sprechen, die unsere Kollegen interessieren, besonders jetzt, wo neue Entlohnungen drohen. Desgleichen werden Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Vorstand der Krankenkasse tätig sein oder als Arbeitsrichter, die aus ihren Erfahrungen viel zur Belehrung der Kollegen beitragen können. Es gibt also Möglichkeiten, ohne den Angestellten des eigenen Verbandes inhaltreiche Versammlungen abzuhalten. Nimmt der Schriftführer sich dann das zu Herzen, was eingangs gesagt wurde, dann machen die Versammlungsberichte noch einmal so viel Freude.

Bezirks- und Ortsgruppenberichte

Berlin. Zu Beginn unserer am 26. Februar stattgefundenen Generalversammlung hielt der Vorsitzende des Kartells der christlichen Gewerkschaften Berlins, Kollege Thielack, einen Vortrag über: „Unsere Bemühungen und Erfolge in der Winterhilfe.“ Die immer mehr um sich greifende Arbeitslosigkeit habe viele Mitglieder unserer Bewegung in größte Not gebracht. Es sei nicht nur unsere Pflicht, unsere Mitglieder zu unterstützen, sondern dies nach den Verbandsanweisungen möglich sei, das Gewissen verpflichte uns, mehr zu tun. Um die Hilfestellung möglichst erfolgreich zu gestalten, haben die christlichen Gewerkschaften eine eigene Einrichtung, die „Christliche Arbeiterhilfe“, geschaffen, die in Verbindung mit anderen Wohlfahrtsorganisationen die Hilfe planmäßig fördert. Auf diese Weise sei es gelungen, recht erfreuliche Ergebnisse zu erzielen. In bedeutendem Umfange seien Lebensmittel und Kleidungsstücke vermittelt worden. Auch habe man besondere Speiseketten eingerichtet, in denen die hilfsbedürftigen Mitglieder zu mäßigen Preisen Speisen erhalten und in denen sie sich auch im Hinblick auf die Auswahl des Raumes wohlfühlen. Erwähnt seien auch die Berufshilfe, die man veranstaltet habe, um arbeitslose jüngere Leute mit dem Berufsleben in Verbindung zu halten. Ebenso die Kurse für Mütter und junge Mädchen zur Erlernung von Näharbeiten. Ganz besonders aber müsse die Verschickung von erholungsbedürftigen Müttern in Erholungsheime erwähnt werden. Gerade die kostenlose Verschickung mache es möglich, daß man auch tatächlich bedürftige Mütter bedenken konnte. Wesentlich sei, daß in der Christlichen Arbeiterhilfe nur Personen aus der eigenen Bewegung tätig sind. Diese Tatsache bietet Gewähr dafür, daß die Hilfe in verständnisvoller und nicht verletzender Art vor sich geht. Nach dem Vortrag wurde vom Kollegen Knoll der Geschäfts- und Kasienbericht erstattet. Der Bericht begann mit dem Hinweis auf die umfangreichen Betriebsbeschränkungen, die im Jahre 1931 zu verzeichnen waren. Massenentlassungen wie im vorangegangenen Jahre sind zwar nicht in den öffentlichen Betrieben vorgekommen, doch müsse eine beträchtliche Minderung der Arbeitsplätze festgestellt werden. Im Bericht wurden auch die Schwierigkeiten, die sich auf dem Gebiete der Lohngestaltung gezeigt hätten, erwähnt. Die Mitgliederzahl und die Kasienverhältnisse seien trotz der Ungunst der Zeit stabil geblieben. Dem Bericht folgte die Vorstandswahl. Gewählt wurden: Franz Glaubach, Franz Gehre, Theresie Röhler und Anton Knoll. Unter Verschiedenes wurde noch die Senkung der Rubelohnbezüge eingehend besprochen. Demnach soll sich eine besondere Versammlung der Rubelohnempfänger mit den Umständen beschäftigen, die sich in der Behandlung der Rubelohnempfänger zeige.

Berlin-Charlottenburg. Dem in unserer Generalversammlung am 25. Februar vom Kollegen Knoll erstatteten Geschäfts- und Kasienbericht kann folgendes entnommen werden. Die allgemeine Wirtschaftslage, die sich im Jahre 1931 zeigte, hat auch die öffentlichen Betriebe Berlins beunruhigt. Die schlechte Lage dieser Betriebe offenbarte sich vornehmlich in Betriebsbeschränkungen. Zwar sind Arbeiterentlassungen in dem Umfange, wie sie im Jahre 1930 stattgefunden, nicht vorgenommen worden. Doch sind frei werdende Arbeitsplätze infolge natürlichen Abganges nicht neu besetzt. Bei der D.V.G. ist die Arbeiterzahl von 23.248 auf 22.127 zurückgegangen, bei den städtischen Gewerken wurde das Personal von 4.607 auf 4.216 vermindert, bei den städtischen Wasserwerken sind seit 1928 nur noch 1.150 Arbeiter beschäftigt. Bei den

Kammereibetrieben konnten Einschränkungen dieser Art nicht vermieden werden, doch dürfte anzunehmen sein, daß nach der gleichen Methode einige 100 Arbeitsplätze verlorengegangen sind. Neben dem Verlust an Arbeitsplätzen machte sich für die Mitglieder die Not durch Arbeitszeitverkürzungen fühlbar. Ganz besonders aber brachte die Notzeit empfindliche Lohnkürzungen. Doch sei es gelungen, viele Härten und Gefahren abzumildern. Mittels langen schwierigen Verhandlungen konnten weitere Lohnsenkungen, die beabsichtigt waren, vermieden werden. Als ein großer Erfolg gewerkschaftlicher Arbeit müsse die Tatsache gebucht werden, daß die Tarifverträge erhalten werden konnten. Die Angriffe auf diese waren sehr zahlreich. Ganz bestimmt würde die Arbeitskraft weit mehr ausgebeutet werden, wenn es Tarifverträge nicht mehr gäbe. Im Berichtsjahr sind 186 Versammlungen veranstaltet und 185 Vorträge gehalten worden. Zur Schulung und Bildung der Mitglieder sind verschiedene Kurse, die sich auf die Gebiete der „Volkswirtschaft“, „Sozialpolitik“, „Weltanschauung“ und „Arbeitsrecht“ erstrecken, abgehalten. Außerdem wurden Mitglieder zu den Abendkursen der Berliner Wirtschaftsschule geschickt. Zwei Kollegen haben an einem Bier-Wochenkursus, den der Verband im Königswinter veranstaltet hat, teilgenommen. Es hat sich auch herausgestellt, daß die geschulten Kollegen besonders eifrig für den Verband arbeiten und sich ihm als treue Verteidiger zeigen. Auf dem Gebiete der Rechtsberatung und des Rechtsschutzes sind zu verzeichnen 271 Auskünfte, 276 Schriftsätze und 118 Vertretungen vor Behörden. Soweit die Erfolge in Geldbeträgen erfasst werden konnten, beliefen sich diese auf 9.415,95 M. An Verbandsunterstützungen sind gezahlt für 128 Krankheitsfälle 2.502,45 M., für 18 Fälle der Arbeitslosigkeit 677,25 M., für zwei Sterbefälle 98,20 M. und in einem Rechtschutzfall 100 M. Nach dem Bericht wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Gewählt wurden in den Vorstands: Fritz Günther, Franz Dreuse und Franz Müd. Unter Verschiedenes wurde die unterrichtliche Behandlung der Arbeiter der städtischen Betriebe und der der Werke hinsichtlich der Krisensteuer besprochen. Bezirksleiter Knoll erklärte, daß er bemüht sein werde, dieses Mißverhältnis zu beheben.

Breslau. Am 5. Februar 1932 hielt die Gruppe Gemeindearbeiter ihre diesjährige Generalversammlung ab. Kollege Buchner gab einen Bericht und erörterte dabei die lohnpolitischen Verhältnisse. Durch die Notverordnungen sind die Gemeindearbeiter sehr hart betroffen worden. Der Lohnverlust ohne Arbeitszeitkürzung beträgt 24 Prozent. Auf Grund von Sparmaßnahmen mußte, um Entlassungen von Arbeitnehmern zu verhindern, die Arbeitszeit gekürzt werden. Im Juni 1931 war es möglich, eine Lohnschutzklausel in den Lohnvertrag zu bekommen, die aber im Januar 1932 durch einen Spruch des Zentralausschusses wieder aufgehoben wurde, wodurch eine bedeutende Einkommensminderung eingetreten ist. Bei Kürzung der Arbeitszeit wurde mit dem Magistrat die Vereinbarung getroffen, alle 14 Tage einen freien Tag einzulegen. Wegen dieser Regelung gab es verschiedene Streitmomente, da es einige Betriebe ablehnten, diese vereinbarte Arbeitsweise einzuführen. Besonders war es die Magistratsverwaltung. Nach langen und schwierigen Verhandlungen gelang es aber, sie davon zu überzeugen, daß bei ihr auch die beschlossene Arbeitsweise durchgeführt werden könnte. Derselbe Zustand hatte sich auch bei der Gartenverwaltung breitgemacht. Am Ende des Jahres versuchte die Verwaltung des Gaswerks eine andere Regelung der Arbeitszeit einzuführen. Trotzdem sich zunächst die Betriebsvertretung und die gesamte Belegschaft gegen dieses Begehren der Verwaltung wehrte, kündigt man die Tarifverträge und wollte ab 17. 12. 1931 die Arbeitszeit ändern. Durch die geschlossene Haltung der Belegschaft und das Eingreifen der Organisationen wurde dieses abgewehrt. Neben diesen Punkten gab es auch sonst eine Reihe von Fällen, wo der Tarifvertrag verletzigt werden mußte. Die Zwangsmassnahmen von Seiten der Pr. Regierung auf den Magistrat wirkten sich dahin aus, daß möglichst viel Einsparungen bei der Arbeitnehmerschaft vorgenommen werden sollten. Wiederholt mußte in einzelnen Fällen im Interesse der Mitglieder eingegriffen werden. Dieses bewies am deutlichsten die Rechtschutzfähigkeit des Verbandes. Es waren nicht weniger als insgesamt 1088 Fälle, in denen Kollegen den Verbandsvertreter beanspruchten. 1149 Auskünfte wurden erteilt, 428 Schriftsätze angefertigt und 82 Termine wahrgenommen. Nicht weniger als 21.604,87 RM wurden durch diese Tätigkeit für die Kollegen als Barerfolg gewonnen.

Kebner wies darauf hin, daß die Kündigung des RMV. ausgesprochen worden ist und daß der Magistrat auch vorsorglich die bestehenden Bezirksvereinbarungen gekündigt hat. Er forderte die Kollegen auf, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln sich einzusetzen, damit das Begehren der Arbeitgeber nach Verschlechterungen zurückgewiesen wird. Der Kasienbericht wird in der Ende des Monats Februar stattfindenden Generalversammlung der Ortsverwaltung Breslau gegeben werden. Die Ausführungen wurden mit Beifall entgegengenommen. An Stelle des bisherigen 1. Vorsitzenden wurde Kollege Klose gewählt.

Dona. Ausschussswahlen zur städtischen Betriebskrankenkasse. Am 28. Februar 1932 fanden in Dona die Wahlen zum Ausschuss der städtischen Betriebskrankenkassen statt. Um die Einführung oder Nicht-Einführung dieser Kasse ist von den interessierten Gruppen und Verwaltungen jahrelang gestritten worden. Im vorangegangenen Jahre erfolgte darüber eine Abstimmung der städtischen Arbeitnehmerschaft, die eine Mehrheit für die Einführung der Betriebskrankenkasse brachte. Auch die Stadtverwaltung drängte, angeblich aus Sparmaßnahmsgründen, auf beschleunigte Einführung. Trotzdem ist die Angelegenheit heute noch nicht entschieden, da die Allgemeine Ortskrankenkasse erneuten Einspruch beim Preussischen Wohlfahrtsministerium gegen die Errichtung einer besonderen Kasse für die städtischen Arbeitnehmer eingelegt hat und das Oberverwaltungsamt Köln daraufhin die Inbetriebsetzung, die am 1. April erfolgen sollte, vorläufig auf einen späteren Zeitpunkt verschoben hat.

Die Wahl selbst gewinnt im gegenwärtigen Zeitpunkt eine besondere Bedeutung, weil andere soziale Wahlen durch Verordnung des Reichsarbeitsministeriums für das Jahr 1932 ausfallen. Der Ausfall der

Wahl bietet deshalb ein Stimmungsbild und kennzeichnet die Gesinnung der wahlberechtigten Betriebsarbeiterschaft. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten aller Richtungen hatten eine gemeinsame Liste eingereicht um der Belegschaft in der jetzigen Zeit einen Wahlkampf evtl. zu ersparen. Die R.G.D. war außerstande, geeignete Kandidaten ausfindig zu machen und gab deshalb den Plan, eine Liste einzureichen, hoffnungslos auf. In letzter Minute erschien jedoch noch eine Liste der unorganisierten Straßenbahner mit einem stark parteipolitischen Einschlag. In sehr großsprecherischer Weise bezeichneten sie sich in der Presse vor der Wahl als „die Mehrheit“ des Betriebes. Nach der Wahl wurden sie jedoch eines besseren belehrt.

Böhm. Gemeindegewerkschaft, Straßenbahner und Staatsarbeiter fanden sich am 26. Februar zur Generalversammlung ein. Kollege Schröder stellte zunächst den Kollegen Lüdke vor, der jetzt die Geschäftsstelle leitet und hat um vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Mitglieder und Gewerkschaftssekretär. Trotz der wirtschaftlichen Notlage konnte die Mitgliederzahl fast unverändert gehalten werden. Die im letzten Quartal 1931 vereinigten Ortsgruppen haben 40 Prozent der Einnahmen für Unterhaltungszwecke verausgabt, wie Kollege Horstmann berichtete. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Vorsitzender Heinrich Kuppner, Kassierer Hans Lüdke, Schriftführer Peter Fint. Zum Schluss wurden noch Ortsgruppenangelegenheiten behandelt, wobei der Wille zum kraftvollen Einsatz für den Verband wiederholt zum Ausdruck kam.

Dresden. In der Generalversammlung am 27. Januar erstattete Kollege Barzgeff den Geschäftsbericht für 1931. Die Mitgliederbewegung stellt sich in den Fachgruppen der Gemeindegewerkschaft und der Arbeitnehmer der Kranken- und Wohlfahrtspflege stabil, während bei den Straßenbahnern, verursacht durch die wechselvollen betrieblichen Ereignisse des Jahres 1931, in den ersten drei Vierteljahren ein Rückgang zu verzeichnen war, dem im vierten Vierteljahr wieder ein Aufstieg folgte. Unter den Mitgliedern befanden sich am Jahreschluss 42 weibliche; 55 Mitglieder waren arbeitslos und 7 Mitglieder Invalide. Im Berichtsjahr wurden abgehalten: 12 allgemeine Mitgliederversammlungen, 7 Versammlungen für Straßenbahner, 5 für Gemeindegewerkschaft, 3 für die Krankenpflegegruppe, außerdem 28 Mitgliederversammlungen auf den einzelnen Straßenbahnhöfen, 5 im Gastwerk Reick und 28 Vertrauensmännerbesprechungen für das Gastwerk und die einzelnen Straßenbahnhöfe. In 11 Vorstandssitzungen und 17 Vertrauensmännerbesprechungen wurden die an uns herangetragenen Fragen beraten. Die Ortsverwaltung besuchte außerdem 26 verschiedene Betriebsratsitzungen und 24 Betriebsversammlungen. 48 verschiedene Verhandlungen offizieller Art wurden seitens der Ortsverwaltung wahrgenommen.

Die Reichshauptstadt war sehr rege. 7 Straßsachen für Straßenbahner wurden erledigt, die sämtlich ihre Ursache in Verkehrsunfällen hatten. In vier Fällen konnten die Kollegen freigesprochen werden. Die Gesamtsumme der Strafen ohne Gebühren betrug in diesen vier Fällen 100.— M., die durch den Freispruch der Kollegen hinfällig wurden. In drei Fällen erreichten wir einen Teilerfolg, in einem wurde die Strafe von 30.— M. auf 20.— M. herabgesetzt, und in einem anderen von 50.— M. auf 30.— M. Im letzteren wurde für diese Strafe in der Berufungsinstanz eine Bewährungsfrist von drei Jahren erzielt. Im dritten Falle lautete das erste Urteil auf drei Monate Gefängnis. Hier gelang es in der Berufungsinstanz den Kollegen durch Bewährungsfrist vor der Freiheitsstrafe zu bewahren und ihm seine gefährdete Erfindung zu erhalten. Haftpflichtunterstützung wurde in 25 Fällen ausbezahlt. Der höchste Betrag belief sich auf 115.— M. In acht Fällen wurden vor dem Amtsgericht unsere Mitglieder in Mahnsachen erfolgreich vertreten, weil viele Mitglieder unseres Verbandes durch Kaufverträge, die sie in Zeiten abgeschlossen haben, als sie noch ein höheres Einkommen hatten, in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind. 37 Termine an Arbeits- und 25 an Amtsgerichten wurden wahrgenommen.

In den Versammlungen und Sitzungen dienten 40 verschiedene Vorträge zur Belehrung und Unterweisung der Mitglieder. Zwei Kollegen nahmen an einem Vier-Wochen-Kursus in Königswinter teil. Eine besondere Stellung im Rahmen der Bildungsarbeit der Ortsgruppe nimmt die von den Mitgliedern noch viel zu wenig benutzte gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft an jedem ersten Dienstag im Monat von 19—21 Uhr im Verbandshaus ein. Diese, von den Kursussteuermännern in Königswinter und Spandau ins Leben gerufene Arbeitsgemeinschaft, ist zur künftigen Einrichtung geworden. Sie dient zur Wissensbereicherung der Teilnehmer und zur Beratung von geschulten Kräften für unsere gewerkschaftliche Arbeit. Da letzterlei Kosten damit verbunden sind, müßte noch weit mehr Gebrauch davon gemacht werden.

Bei den Betriebsratswahlen verloren wir bei der Dresdner Straßenbahn-A.G. einen Sitz im Arbeiterrat und sind durch zwei Kollegen im Betriebs- und Arbeiterrat vertreten. Auf Grund unserer ausschlaggebenden Stellung zwischen S.V.D. und R.G.D. Betriebsräten stellen wir, wie im Jahre 1930, so auch nach der Wahl des Jahres 1931, den Betriebsratsvorsitzenden in der Person des Kollegen Nibel. Im Gastwerk Reick bestanden wir zum zweiten Mal an der Wahl und konnten einen Sitz erstmalig erreichen, ebenso im Krankenhaus Friedrichstadt nach den Justitionsratswahlen das erste Mal wieder einen Sitz. Kollege Barzgeff freiste sofort die Boden- und Tischbewegungen. Die Ortsgruppe war durch Delegierte vertreten auf drei Bezirkskonferenzen in Leipzig, Chemnitz und Gera. — Auch in gesellschaftlicher Beziehung wurde den Wünschen unserer Mitglieder Rechnung getragen durch Beschäftigung des Feiertagsdienstes „Dresden-West“ und der Hagenfelsenfabrik „Bulgaria“. Der zu einer ständigen Einrichtung gewordene Dampferausflug in die Sächsische Schweiz wurde wieder mit Erfolg durchgeführt, wenn auch diesmal ein starker Regenschauer das vorgesehene Programm anfangs etwas über den Haufen warf. Eine Abendwanderung nach der Waldschänke Gellerau wurde unternommen und acht Vortragsabende mit Unterhaltung für Mitglieder und Angehörige der verschiedenen Straßenbahnhöfe abgehalten. Den Abschluß bildete die Weihnachtsfeier im Kaufhaus Rohna, die einen Massenbesuch aufwies, was schon dadurch zum Ausdruck kam, daß anstatt der 150, vom Vorstand geschätzten Kinder der Mitglieder, 270 erschienen.

Recht rege ist die Mitarbeit durch Mitglieder der Ortsgruppe in der

Gesamtbewegung und in der Christlichen Arbeiterhilfe, die auch unseren Mitgliedern zugute kam, denn es wurde in 20 Fällen Mitgliedern unseres Verbandes durch Spenden in finanzieller Form, in Naturalien und durch Kleidungsstücke geholfen mit einem Gesamtbetrag von 320.— M. Es ist noch zu erwähnen, daß die Ortsgruppe einen Arbeitsrichter, einen Jugendschöffen und zwei Schöffen stellt.

Mit einem Ausblick auf das kommende Jahr und Dankesworten an alle Mitglieder, Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute, schloß der Kollege Barzgeff seinen Geschäftsbericht. Er richtete noch ein ernstes und ermahnendes Wort an alle Mitglieder mit dem Hinweis, daß die Dresdner Ortsgruppe unseres Verbandes als Glied der gesamten christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung lebendig sein müsse. Es sei notwendig, daß sich ein großer Teil der Mitglieder darauf besinne, nicht nur den Beitrag zu zahlen und alle Tätigkeit auf die führenden Kollegen abzuwälzen, sondern durch regie Anteilnahme am gewerkschaftlichen Leben alle Kräfte in den Dienst unserer Standesbewegung zu stellen. Alle Schichten und Stände unseres Volkes ringen um ihre Existenz, um einen möglichst günstigen Platz im gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftsleben. Tut die Arbeitnehmerkraft, besonders die Arbeiterschaft, das Gleiche? Ja, ist sie noch aktiver wie die anderen, da diese der Arbeiterschaft in vieler Beziehung voraus sind?

Aus dem Kassenbericht ging hervor, daß im Berichtsjahr an Verbandsbeiträgen 17 723,10 M., an Invalidenbeiträgen 2285,20 M., an G.L.R.-Beiträgen 1665,70 M., also insgesamt für die Hauptkasse eine Einnahme von 21 674.— M. zu verzeichnen war. Die Lokalkasse erhielt 2658,46 M. An Krankenunterstützung wurden ausbezahlt 1800,50 M., an Arbeitslosenunterstützung 701,65 M., an besonderer Weihnachtunterstützung 133,05 M., an Notfallunterstützung 70.— M., an Sterbegeld 127,50 M., an G.L.R.-Unterstützung 404,90 M. Für Rechtsanwaltskosten wurden aufgewendet 610,20 M. Die übrigen Ausgaben der Hauptkasse verteilen sich auf Rückvergütung für den Deutschen, Porto und Zuschuß zu Betriebsratswahlen. Das vom Jahre 1930 vorhandene Defizit der Lokalkasse wurde um 121,55 M. vermindert.

Nach den Berichten der Kassenrevisoren ging die Neuwahl vonstatten, die die Wiederwahl des geschäftsführenden Vorstandes brachte: 1. Vorsitzender: Martin Nibel; 1. Schriftführer: Erich Schulze; 1. Kassierer: Karl Barzgeff. Anträge auf die Einberufung des Verbandstages, auf die Vereinigung des Kraftwagenpersonals innerhalb des Zentralverbandes, um der Eigenart dieser Berufsgruppe Rechnung zu tragen und Anträge zur Verbesserung unserer G.L.R.-Satzungen, wurden einstimmig angenommen.

Donauwörth. Am 21. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Die Versammlung ehrte zunächst einen verstorbenen Kollegen, dann gab Kollege Haunfelder den Geschäftsbericht für das Jahr 1931 und hob hervor, daß die Ortsgruppe trotz der Krisenzeit einig und geschlossen zusammensteht. Besonders wies er darauf hin, daß die Preissenkung am Orte in keinem Verhältnis zu den Lohnkürzungen steht. Diese wären in viel stärkerem Maße durchgeführt worden, wenn keine Gewerkschaften vorhanden wären. Die Kollegen mögen daher auch weiterhin treu zum Verbande stehen.

Kollege Gerwein, Augsburg, hielt ein Referat über die wirtschaftliche Lage und betonte, daß die Lohnkürzungen nicht nur als rechnerisches Exempel zu betrachten sind, sondern auch als außenpolitischer Einlass zu den bevorstehenden Verhandlungen über die Reparationen. Nur unter dieser Voraussetzung und daß die Reichsregierung ihr Versprechen in Bezug des Preisabbaues auch einlöst, können die von den Arbeitnehmern geforderten Opfer getragen werden. Erst wenn der Kampf um die Reparationen zugunsten Deutschlands entschieden ist, wird auch für Deutschland wieder ein Aufstieg möglich sein. Bis dahin gilt es aber treu und geschlossen in den Gewerkschaften zusammenzustehen und nicht dem Maulheldentum nachzulaufen. In der darauffolgenden Aussprache und bei der Neuwahl der Vorstandskasse, wobei die alte wieder gewählt wurde, wurde erneut die Treue zur Gewerkschaft bekräftigt und gefordert, daß die Gewerkschaften kein Mittel unversucht lassen sollen, um den Preisabbau auch in Donauwörth vorwärts zu treiben.

GutsMuths (Gemeindegewerkschaft). Am 26. Februar hielt die Ortsgruppe eine Mitgliederversammlung ab. Kollege Höhn, Bonn, hielt einen Vortrag über die außen- und innenpolitische Lage und die gewerkschaftlichen Aufgaben der Gegenwart. Redner behandelte den von der gegenwärtigen Regierung zielbewußt geführten Verrechnungskampf Deutschlands um die Entlastung der Tributlasten. Die großen außenpolitischen Aufgaben erfordern eine starke Geschlossenheit im Innern. Leider machen sich gerade jetzt in Deutschland starke Partei- und Klassenkämpfe bemerkbar. Die deutsche Arbeitnehmerschaft hat kein Interesse an unsicheren Experimenten. Als christliche Gewerkschaftler lehnen wir daher die Wiederaufrichtung eines einseitigen Klassenstaates ab und werden sozialreaktionären Bestrebungen organisatorischen Widerstand entgegenstellen. Die beste Lösung für eine friedliche und fortschrittliche Innenpolitik ist eine Wiederwahl des jetzigen Reichspräsidenten v. Hindenburg. Er ist der Garant für eine ruhige und sichere Fortentwicklung und der beste Hüter der gegenwärtigen Verfassung. — Unter Punkt 2 wurden eine Reihe betrieblicher und organisatorischer Fragen besprochen. Kollege Steffes berichtete hierauf über die Tagung der Verbandsleiterbände.

Erlangen (Flußbauarbeiter). Am 21. Februar folgten die Kollegen zahlreich der Aufforderung des Vorsitzenden zur Generalversammlung. Aus dem Geschäftsbericht des Kollegen Fieger und dem Kassenbericht des Kollegen Steible ist zu entnehmen, daß die Mitglieder in hohem Maße von der Arbeitslosigkeit betroffen sind und aus diesem Grunde auch die Unterhaltungsbeiträge unseres Verbandes stärker in Anspruch genommen werden. Der Mitgliederstand ist trotzdem der gleiche geblieben. In der einstimmigen Wiederwahl der alten Vorstandskasse kam das Vertrauen zu derselben zum Ausdruck. Vorsitzender ist Ulrich Fieger, Kassierer und Schriftführer Axel Steible. Hierauf hielt Kollege Gerwein, Augsburg, ein Referat über die wirtschaftliche Lage im vergangenen Jahr. Er stellte fest, daß wohl der Bayerische Etat für 1932/33 abgelehnt ist, aber wie im Vorjahre die Ausgaben für den Straßen- und Flußbau sehr stark gekürzt wurden. Nur die unumgänglich notwendigen Arbeiten werden verrichtet, so daß auch für das Jahr 1932 keine härtere Beschäftigungsmöglichkeit vorhanden ist.

Auf die Lohnföhrungen im letzten Jahre zurückkommend, betonte der Referent, daß die Gewerkschaften verhindern konnten, daß in gleichem Ausmaße wie bei den Gemeindeforderungen auch der Lohnabbau bei den Staatsbauarbeitern vorgenommen wurde. Mit der Bitte an die Kollegen, auch weiterhin treu zum Verbande zu stehen, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Generalversammlung.

Freising. Am 20. Februar hielten wir unsere Generalversammlung ab. Der Geschäftsbericht des Vorsitzenden Kollegen Wolf beleuchtete zunächst die allgemeine Wirtschaftslage und die Arbeitsaussichten am Orte selbst. Sodann stellte er fest, daß auf dem Wege über die Betriebsvertretung eine bessere Entfernungszulagenregelung getroffen werden sowie einseitig festgesetzte Strafen rückgängig gemacht werden konnten. Zwei Auskuffigungen, acht Versammlungen, zwei Bezirkskonferenzen und eine Familienunterhaltung bildeten den äußeren Ausdruck der organisatorischen Betätigung. An der Kartellarbeit wurde gleichfalls lebhaft Anteil genommen. Die Mitgliederzahl blieb die gleiche bis auf den Ausfall von drei Kollegen, die uns durch den Tod entzissen wurden. Die Generalversammlung ehrte ihr Andenken in der üblichen Weise. Der Kassenbericht wies eine Einnahme von 1263,40 M. und die Kassa eineinhalb Bestand von 140,66 M. auf. Die Revisoren bekräftigten die Richtigkeit der Eintragungen sowie des vorhandenen Bestandes und erinnerten an die zehnjährige Tätigkeit des Kollegen Auguster als Kassierer der Ortsgruppe. Bei der Vorstandswahl wurde die Vorstandskasse mit einigen kleinen Änderungen wiedergewählt. Kollege Sauer mann, München, referierte über die Bewegung der Gemeindeforderungen im Jahre 1931, welches Referat eine sehr ausgiebige Aussprache auslöste.

Hannover. Unsere diesjährige Generalversammlung stand mehr wie sonst im Zeichen der Krise. Noch einmal rollte das Bild des Jahres 1931 an unsern Augen vorüber. Schiedspruch und Rotverordnungen brachten uns innerlich das vergangene Jahres einen Lohnverlust von 27 Prozent. Betriebseinsparungen führten zur Entlassung einiger Kollegen. Misemacher und Nörger gestützt von den Schölklingen der politischen Opposition treten zwar in Erscheinung, ohne jedoch die gewerkschaftlich bei uns organisierten Kollegen in ihrem Glauben an die Bewegung irre zu machen. Das innere Verbandsleben war im verflossenen Jahre sehr lebendig. Der Kassenbericht, der zu Beanstandungen keinen Anlaß gab, zeigte allerdings eine rückläufige Bewegung infolge der geringen Beiträge. Bei der Vorstandswahl wurden die alten Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Kollege Wellmann gab einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Krise und ihre Bedeutung für die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe. Kollege Klein, Hamburg, der als Gast an der Versammlung teilnahm, betonte in seinen Ausführungen den ideellen Charakter unserer Bewegung als Standesbewegung der Arbeiterschaft. Die rege Aussprache ließ erkennen, daß der Kampfsinn unserer gewerkschaftlich organisierten Kollegen neu belebt ist. Die jüngeren Kräfte schied sich an, mehr Aktivität zu entwickeln und das brauchen wir für die künftige Kampfszeit.

Am 27. Februar veranstaltete unsere Ortsgruppe eine Familienfeier, um einerseits das Gedenken des Alltags mal zu vergeffen, und andererseits unseren Frauen Gelegenheit zu geben, einen tieferen Einblick in unser gewerkschaftliches Leben zu nehmen. Wir haben dabei auch mal zu unseren Frauen vom gewerkschaftlichen Kampf sprechen können und von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation im Interesse der Familie. Es war ein wohlgeplanter Abend, der den Wunsch nach baldiger Wiederholung laut werden ließ.

Seibelsberg. Unsere Ortsgruppe der Straßenbahner, Gemeindeforderungen und des Krankenhausespersonals hielt am 20. Februar eine gut besuchte Versammlung ab. Kollege Sauer, Mannheim, sprach über die Rotverordnungen des Jahres 1931 und über die Aufgaben, die uns daraus erwachsen. Das vergangene Jahr hat allen Arbeitnehmern außerordentlich große Lohnföhrungen gebracht, die ohne Rücksicht auf die Opfer, die verlangt wurden, termintreu durchgeführt wurden. Die 4. Rotverordnung, die gleichzeitig eine erhebliche Preisföhrung vorgesehen hatte, ist aber bezüglich der letzteren schlecht durchgeführt worden. Daraus ergibt sich, daß die Arbeitnehmer sich sehr hart bemühen müssen, die Preisföhrung so stark zu beeinflussen, daß auch bei verminderten Löhnen wenigstens die Kaufkraft des früheren Lohnes erhalten bleibt. Um hier einen Erfolg zu erreichen, müssen die Frauen der Arbeitnehmer die Organisationen unterstützen. Durch Preisprüfungen durch die Kartelle, durch Kritik in der Öffentlichkeit und durch Stellungnahme in den Gewerkschaftsversammlungen läßt sich sehr viel erreichen. Kollege Sauer sprach dann noch über die Innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten unseres Vaterlandes. Bei der furchtbaren Zerrissenheit unseres Volkes und der vielfach engstirnigen parteipolitischen Einstellung weiter Volksschichten, ist eine baldige Besserung nicht zu erwarten. Unsere christlich-nationale Arbeiterschaft muß es sich deshalb besonders angelegen sein lassen, verständnisvoll und bahnend zu wirken.

Der Wille der christlich-nationalen Arbeitnehmer im Rahmen des Notwendigen Opfer zu bringen, ist unbestreitbar vorhanden.

In der Aussprache wurde an der Preisföhrungsaktion stark Kritik geübt, weil in Seibelsberg bis jetzt ein fühlbarer Preisabbau nicht zu verzeichnen ist. Es soll versucht werden, durch das Kartell eine Preisprüfungs- und Überwachungskommission zu bilden, die dann aktiv tätig werden soll.

Nach Erledigung interner Verbandsangelegenheiten wurde beschlossen, daß die nächste Versammlung als Generalversammlung einberufen werden soll. Durch erneute, harte Arbeit soll versucht werden, unsere Ortsgruppe, die sich gut entwickelt hat, weiter zu fördern.

Ingolstadt (Bühnenarbeiter). Am 21. Februar hatten wir unsere gut besuchte Generalversammlung. Aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden Kollegen Pech ist zu entnehmen, daß neben der Generalversammlung noch drei Quartalsversammlungen und eine Verwaltungssitzung stattgefunden haben, die immer gut besucht waren. Es ist dies besonders anzuerkennen, weil ein Teil der Kollegen Wegzügen bis zu 25 Kilometern zurücklegen müssen, bis sie zur Versammlung

ort kommen. Kollege Artinger gab den Kassenbericht, aus dem zu entnehmen ist, daß die Einnahmen für die Zentrale 645,85 M. betrugen. Die Neubildung der Vorstandskasse hat keine Änderungen ergeben. Es wurde gewählt: 1. Vorsitzender Kollege Benedikt Pech, 1. Kassierer Michael Artinger, 1. Schriftführer Josef Gabler.

Kollege Borchert, Nürnberg, dankte der Verwaltung und den Mitgliedern für ihr gutes Zusammenarbeiten im Jahre 1931 und sprach die Hoffnung aus, daß es auch im Jahre 1932 so bleiben möge. Dann gab er einen Rückblick auf das verflossene Jahr. Das Jahr 1932 wird für die deutsche Arbeiterschaft große Auseinandersetzungen bringen. Die Einigkeit und Geschlossenheit der Kollegenschaft ist dringend notwendig. Die Fragen, die in der Diskussion aufgeworfen wurden, konnten zur Zufriedenheit der Kollegenschaft beantwortet werden. Mit einem Appell an die Kollegen, zur Stärkung des Verbandes im Jahre 1932 beizutragen, konnte der Vorsitzende die gut verlaufene Generalversammlung schließen.

Königswinter. Am 25. Februar hielt die Ortsgruppe ihre Generalversammlung ab. Kollege Spindler gab den Jahres- und Kassenbericht. Die Kasse wurde durch zahlreiche Unterstützungsfälle stark in Anspruch genommen. Zwei Kollegen hat uns im vergangenen Jahre der Tod entzissen. Die Versammlung stimmte geschlossen für die Beibehaltung des alten Vorstandes. Hieran hielt Kollege Böhm einen Vortrag über die außen- und innenpolitische Lage. Er stellte hierbei besonders die gewerkschaftlichen Aufgaben der Gegenwart heraus. Zur innenpolitischen Konsolidierung sei ein starkes Reichsoberhaupt notwendig. Er forderte deshalb alle Kollegen auf, am 13. März für Hindenburg zu stimmen, da der jetzige Reichspräsident sein Amt in unglücklicher Treue zur Verfassung und größter Ueberparteilichkeit ausübt hat.

Landshut. Unsere Generalversammlung am 21. Februar wies einen zufriedenstellenden Besuch auf. Aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden Schraffetter war zu entnehmen, daß die Ortsgruppe eine Reihe von Verschlechterungsanträgen abzuwehren hatte, indem wegen Betriebseinsparungen und Verletzungen einzelner Kollegen beim Stadtrat Vorstellungen erhoben werden mußten. Durch die bevorstehende Verlegung der Kreisregierung von Niederbayern wurde die Kündigung einiger Kollegen veranlaßt. Die Zahl der nicht ständigen Arbeiter ist beim Stadtrat verringert worden, wodurch auch einige Mitglieder von der Entlassung betroffen wurden. Sechs Kollegen befinden sich in öffentlichen Ehrenämtern. Neben einer Reihe von Vorstandsföhrungen wurden 13 Versammlungen abgehalten, die nicht immer nachgefragt waren. — Der Kassenbericht des Kollegen Meierlohr wurde beifällig aufgenommen. Kollege Sauer mann, München, referierte über das Thema: „Die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe an der Jahresende“. Da in der Ortsgruppe Reichs-, Staats- und Gemeindeforderungen sind, beleuchtete der Referent die gesamten Tarifverhältnisse der in Frage kommenden Arbeitnehmergruppen und ihr Verhältnis zueinander. An einer Reihe von Beispielen zeigte er aber auch, daß die Organisation nichts unversucht gelassen hat, um weitergehende Verschlechterungsabsichten abzuwehren. Eine sehr umfangreiche Aussprache die sich hauptsächlich mit der Preisföhrung und den staatspolitischen Notwendigkeiten befaßte, schloß sich an das Referat an. Eine seltene Einmütigkeit kam bei der Vorstandswahl zum Ausdruck. Vorsitzender Kollege Schraffetter, Kassierer Kollege Meierlohr und Schriftführer Kollege Eder wurden mittels Stimmzettel einmütig wiedergewählt. Auch die übrige Vorstandskasse fand mit einigen kleinen Änderungen ihre Wiederwahl. Zum Schluß kam der gemeinsame Wille zum Ausdruck, erst recht die Organisation zu fördern und an ihren Aufgaben mitzuwirken, um in dieser schweren Notzeit die größten Gefahren abzuwenden zu können.

Mosburg. In der am 21. Februar stattgefundenen Generalversammlung erstattete Kollege Heilmeyer den Geschäftsbericht. Sieben Versammlungen und einige Vorstandsföhrungen sowie die Teilnahme an zwei Bezirkskonferenzen waren notwendig, um die Mitglieder über alle Vorkommnisse aufzuklären. Der Mitgliederstand konnte gehalten werden. Das Zusammenarbeiten der Kollegenschaft ist gut. Der Kassenbericht des Kollegen Rater fand beifällig Aufnahme. Die gesamte Vorstandskasse wurde geschlossen wiedergewählt. — Eine Reihe vorgetragener Wünsche und Anfragen konnten durch den Kollegen Sauer mann, München, in seinem Schlußvortrag eingehend beantwortet werden.

Im Anschluß an die Generalversammlung nahmen nahezu sämtliche Mitglieder der Ortsgruppe an der Befragung eines alten Gewerkschaftlers und langjährigen Kassierers unserer Ortsgruppe, des Kollegen Alois Sagerberger teil.

Münster 1. Westf. Die Jubiläum. Am 1. März konnte der bei der Gartenbauverwaltung Münster beschäftigte Kollege Peter Jossen auf eine 25jährige Dienstzeit zurückblicken. Die christliche Arbeiterschaft verehrt in Jossen einen tüchtigen Führer. Neben seiner Tätigkeit als Vorsitzender unserer Ortsgruppe ist der Jubilar seit Jahren das Amt des Betriebsratsvorsitzenden bei der Stadtverwaltung Münster aus und hat stets in uneigennützig, selbstloser und gerechter Weise die Interessen der Stadtverwaltung und der städtischen Arbeiterschaft wahrgenommen. Auch unsern Glückwunsch.

München. Bei der Generalversammlung am 19. Februar gab Kollege Sauer mann den Geschäftsbericht. Das Krisenjahr 1931 hat uns weit zurückgeworfen, die Lohnminderungen betragen über 25 Prozent. Hierzu kommt in starkem Maße Kurzarbeit in den Gemeinde- und Betriebsbetrieben, sowie eine große Zahl Entlassungen. Die Verbandsleitung und die einzelnen Angestellten im Lande hatten alle Kräfte anzuspannen, um die größten Gefahren zu vermeiden. Unser Kampf muß jetzt in verstärkter Weise für eine größere Preisföhrung und gegen die Reparationsleistungen gehen. 104 Mitglieder, Betriebs- und Sektionsvereinigungen, sowie drei Konferenzen dienen dazu, die Kollegen zu unterrichten und zu schulen. 76 Betriebsvertretungsmitglieder zählen wir in unseren Reihen. Die Verbandsangestellten nahmen an 432 Versammlungen und Sitzungen teil, und waren an 98 Tagen auswärts tätig. Trotz der

Schwierigkeiten war es möglich, die Mitgliederzahl zu steigern und die Zahl 2000 zu überschreiten. Sieben Kollegen wurden uns durch den Tod entzogen, die wir in der üblichen Weise ehrten. Der Beitragsrückgang infolge Einkommensverminderung konnte durch die größere Mitgliederzahl ausgeglichen werden. Für Unterstufungen waren wesentlich höhere Summen erforderlich als früher, die Arbeitslosenunterstützung erhöhte sich gegenüber 1930 auf das Dreifache. Als Beweis für das Vertrauen zum Vorstand darf dessen einstimmige Wiederwahl gelten. Schutz und Stärke kann uns nur die gewerkschaftliche Organisation geben, deshalb wollen wir an deren Ausbreitung auch im neuen Jahre arbeiten.

Kürnberg. Am 20. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Pamler, erstattete den Geschäftsbericht und wies einleitend darauf hin, daß wir ein schweres Krisenjahr hinter uns haben und unsere Organisation notwendiger als je zuvor ist. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß trotz der zu überwindenden Schwierigkeiten, die Ortsgruppe auf der Höhe gehalten und rege Gewerkschaftsarbeit geleistet wurde. Es fanden statt: eine Generalversammlung, fünf Mitgliederversammlungen, acht Verwaltungs-, fünf Vertrauensmännerversammlungen, sechs Versammlungen für das Anstaltspersonal, zehn Betriebsversammlungen und eine für die Betriebsräte. Bei allen Veranstaltungen referierten die Verbandsbeamten aufräumend und belehrend. Ferner wurde ein Familienabend mit Ehrung der Verbandsjubilare abgehalten. Auch die Unterrichts- und Bildungsveranstaltungen des Kartells dürfen nicht unerwähnt bleiben. Zum Schluß seines Berichtes dankte der Vorsitzende den beiden Verbandsbeamten sowie allen Mitgliedern für ihre Mitarbeit und bat, auch im neuen Geschäftsjahr mit ganzer Kraft für unsere Organisation zu werden. Kollege Vorschert erstattete den Kassenbericht, der beweist, daß Buch- und Kassenführung in besten Händen sind. Die Einnahmen für die Hauptkasse waren 15 105,50 M.

In der Diskussion wurde hingewiesen auf den Lohnabbau und auf die Opfer, die die Arbeiterkraft der öffentlichen Betriebe zu tragen hat, der Verbandsleitung aber für ihre rege Tätigkeit Dank und Anerkennung ausgesprochen. Die anschließende Vorstandswahl ergab die fast reiflose Wiederwahl der alten Vorstandsmitglieder.

Kollege Vorschert hielt hierauf einen interessanten Vortrag über die Versorgungsverhältnisse der bayer. Gemeindearbeiter, die durch die Rotterordnung einschneidende Änderungen erfahren haben. Die Verhandlungen zur Regelung dieser Angelegenheit sind noch nicht abgeschlossen. Es ist zu wünschen, daß eine Lösung gefunden wird, die für unsere Versorgungsempfänger auch tragbar ist. Mit einem Appell des Vorsitzenden, alles daran zu setzen den Verband zu stärken, konnte die gut verlaufene Generalversammlung geschlossen werden.

Kottbus. A. N. Unsere Ortsgruppe hielt am 6. Februar ihre Generalversammlung ab. Sie war sehr gut besucht. Der Geschäftsbericht wurde von den Kollegen mit Beifriedigung aufgenommen. Dem Kassierer, Kollegen Schnell, wurde für seine Arbeiten Entlastung erteilt. Der bisherige Vorsitzende, Kollege Springer, lehnte eine Neuwahl ab. Wir sprechen ihm für seine bisherige Tätigkeit auch an dieser Stelle den herzlichsten Dank aus! Als neuer Vorsitzender wurde der Kollege Alois Brenner gewählt. Es wurde beschlossen, den Beitrag dem Stundenlohn entsprechend zu bezahlen.

Schönb. Am 20. Februar fand unsere Generalversammlung am 20. Februar statt. Der Vorsitzende, Kollege Schönb, erstattete den Geschäftsbericht über die Ereignisse des vergangenen Jahres. Manche Enttäuschungen hat uns das Jahr gebracht, trotzdem wollen wir energisch an der Erhaltung aller Kollegen durch unsere Organisation arbeiten, da wir nur so im Widerstand stark sind. Die Vorstandswahl ergab wieder das alte Bild: Vorsitzender Acher, Kassierer Herrmann, Schriftführer Baumhauer, Kollege Köhler, Stützgart, referierte über die Wirtschaftslage und forderte die Mitglieder auf, die Preissteigerungen tatkräftig zu unterstützen.

Sieburg. Bei der diesjährigen Generalversammlung zeigte der Jahres- und Kassenbericht des Vorstandes neben einigen unangenehmen Seiten auch viel Erfolgreiches. Der Mitgliederbestand blieb konstant. In der Vorstandswahl wurden folgende Kollegen wieder bzw. neu gewählt: 1. Vorsitzender: Otto Straub; 1. Kassierer Heinrich Boich; 1. Schriftführer: Joh. Bindeisreich.

Kollege Böhm sprach den alten Vorstandsmitgliedern seinen Dank aus für ihre treue Mitarbeit und bat den neuen Vorstand im alten Geiste zu wirken. Er wies dann auf die Bedrohung der Arbeitnehmerrechte und sozialen Einrichtungen durch reaktionäre Scharfmacher hin, nur durch organisierte Abwehr kann derselben begegnet werden. Kartellsekretär Biffels streifte die politische Lage der Gegenwart und mahnte die Kollegen zu treuer Mitarbeit in der Gesamtbewegung. Nach Erledigung einiger Anfragen wurde die Versammlung geschlossen.

Wieser. Am 14. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Dem Jahresbericht, der vom Vorsitzenden Kollegen Spelters gegeben wurde, entnehmen wir folgendes: Im vergangenen Jahre fanden neun Vorstandssitzungen und sechs Mitgliederversammlungen statt. Die Ortsgruppe entsandte zu drei Konferenzen je zwei Delegierte. Die im November stattgefundene Verwaltungsstellenkonferenz in Schönb. wurde von zwölf Kollegen besucht. Schwierige Verhältnisse ergaben sich zu Anfang des Jahres dadurch, daß die Stadtverwaltung eine Anzahl Arbeitskräfte abbauen wollte. Durch tatkräftiges Eingreifen unseres Verbandes wurde jede Entlassung verhindert und die Arbeitszeit von 48 auf 43 Stunden wesentlich reduziert. Die Betriebsratswahl ließ infolge zu wünschiger Abg., als wir in den städtischen Betriebswerken ein Mandat verloren. Die Schuld ist bei einigen Kollegen zu suchen, die im gegebenen Augenblick unserer Gewerkschaft nicht die Treue hielten. Die Mitgliederversammlungen waren nicht besonders gut besucht. So fand auch im Laufe des Jahres unsere Mitgliederzahl von 51 auf 47. Eine vom Vorstände vorgenommene Hausagitation hatte das Ergebnis, daß neun Mitglieder wieder zurückkamen und ihre Verbindlichkeiten erfüllten. Durch den Tod verloren wir den Kollegen Jakob Siemes; Ehre seinem Andenken! Durch Krankspende erwies ihm unsere Ortsgruppe

die letzte Ehre. Unsern Alterspensionären stiftete die Ortsgruppe an Weihnachten ein kleines Geschenk. Zwei Kollegen wurden bei Gelegenheit ihres 25jährigen Arbeitsjubiläums und einer bei seiner silbernen Hochzeit beschenkt. Die schlechte Wirtschaftslage des vergangenen Jahres hat sich im allgemeinen auf unsere Kollegen trübe ausgewirkt, sowohl durch Lohnsenkung wie Arbeitszeitverkürzung.

Bei der vorgenommenen Vorstandswahl befanden die Mitglieder dem ausscheidenden Vorstände volles Vertrauen und wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt, und zwar: 1. Vorsitzender Kollege Lorenz Spelters, 1. Kassierer der Kollege Peter Rosbach, Schriftführer der Kollege Peter Roemer. In einem längeren Referat sprach der Kollege Schölb über „Die Wirtschaftslage und Gewerkschaften“, an das sich eine lebhafte und sehr lehrreiche Diskussion anschloß.

Wanne-Eidel. Die Berichte über das Jahr 1931 zu unserer Generalversammlung am 13. 2. 1932 fanden die Zustimmung der Mitglieder. Bei einer Weihnachtsfeier wurden die Kinder der Mitglieder reichlich beschenkt und das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Vorsitzender: Rüdman; Kassierer: Rodehüser; Schriftführer: Paschte. Kollege Lückeburg (Bachum) gab einen Rückblick über die Entwicklung des vergangenen Jahres und stellte in den Vordergrund die Aufgaben des neuen Jahres. Nur durch festen Zusammenhalt werden wir diese meistern. Der Betriebsobmann berichtete noch über seine Tätigkeit zum Wohle der Mitglieder.

Zoppot. Am 28. Februar 1932 jährte sich zum zehntenmal der Tag, an dem unsere Ortsgruppe ins Leben gerufen wurde, was in Form einer Festversammlung mit Angehörigen begangen wurde. Nach einer kurzen Einleitung durch den Vorsitzenden Kaminski gab Kollege Johann Müller, der derzeitige Kassierer, der seit Gründung der Ortsgruppe dem Vorstände angehört, einen Rückblick über die Geschichte der vergangenen 10 Jahre. Kollege Kunzelmann hielt den Festvortrag, betitelt: „10 Jahre Gewerkschaftsarbeit in Zoppot.“ Er gedachte sowohl der Leiden als auch der Freuden, der Erfolge und auch der Fehlschläge, die im Laufe dieser Zeit eingetreten sind. Die Ortsgruppe, die am letzten Februar 1922 von den Kollegen Hing und Rogalewski aus Danzig mit 14 wackeren Streikern aus der Taufe gehoben wurde, kann heute auf rund 250 Mitglieder zurückblicken und hat etwa 90 Prozent aller städtischen Arbeiter von Zoppot erfasst. In mehr als 100 Versammlungen wurden die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse beraten und Wege zu deren Besserung erwogen. Zu allen Lebensfragen wurde eingehend Stellung genommen. Aber auch auf kulturellen Gebieten haben wir vieles geleistet durch Vorträge und Abhaltung von Kursusabenden. Den beiden Danziger Kollegen gilt an diesem Tage in erster Linie unser Dank; sind sie es doch gewesen, die unsere Ortsgruppe allen Anfeindungen zum Trotz ins Leben gerufen haben. Langsam aber ständig ist diese dann gewachsen. Mit Freude und Stolz können wir zurückblicken auch auf den 21. September 1930, an dem die Ortsgruppe Zoppot ihr Jahrestagfest unter großer Beteiligung im roten Saal des Kurhauses beging. Dieser Tag hat gezeigt, daß in Zoppot ein guter Boden für die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist. Auch der Zentralvorstand nahm regen Anteil an unserer Arbeit, dies beweisen die mehrfachen Besuche von Mitgliedern unseres Zentralvorstandes. Unsere vor zwei Jahren gegründete Jugendabteilung berechtigt uns zu den schönsten Hoffnungen. Möchte auch für die kommenden Jahre der so oft bewährte und wahre christliche Gemeinschaftsgeist unserer Ortsgruppe erhalten bleiben zum Segen und Wohle der Mitglieder und zum Nutzen der gesamten christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung. Einige Lieder der Jugendgruppe, mehrere Solosänge und Konzerte ließen für wenige Stunden die Kisten des Alltags vergehen.

Königsberg. Christlich-nationale Gewerkschaftler im Vornach! Einen ständigen Ausdruck erfreulicher Aufwärtsentwicklung der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung Königsberg hat die in diesen Tagen stattgefundene Generalversammlung unseres Verbandes. Nachdem Kollege Samann über die Verhandlungen wegen Entlassung von etwa 50 Arbeitern bei der RAG berichtet hatte, erstattete der Vorsitzende, Kollege Bernsteinegel den Jahresbericht. Dieser ließ eine rege Versammlungstätigkeit erkennen, wozu der den Arbeitnehmern in öffentlichen Diensten notwendige Lohn- und Gehaltsabbau beigetragen hat, der eine Reihe Sonderversammlungen bedingte. Höhepunkte der Jahresarbeit waren die in Braunsberg stattgefundene Bezirkskonferenz und die anschließend stattgefundene Versammlung der hiesigen Ortsgruppe, in der Hauptkassierer Krumbö (Köln) sprach. Besonders intensiv ist die Bildungsarbeit betrieben worden. Neben Kursen der Ortsgruppe, die durch Besichtigungen belebt waren, besuchte ein Mitglied den Ausbildungsfuror der Evangelisch-sozialen Schule in Spandau. Die vom drillichen Sekretariat geleitete Rechtschulstätigkeit ist sehr erfolgreich gewesen. Der Vortragsbericht befaßt sich auf RM 3825,44. Trotz der schwierigen Verhältnisse konnte der Mitgliederbestand um 50 Proz. gesteigert werden. Der vom Kassierer Kollegen Reimann erstattete Kassenbericht ließ erkennen, daß trotz erheblicher Unterstützungsleistungen die Kassenverhältnisse gesund sind. Nachdem dem bisherigen Vorstand einstimmig Entlastung erteilt war, wurden die Neuwahlen vorgenommen, die nachstehendes Ergebnis hatten: Vorsitzender Bernsteinegel, Kassierer Reimann, Schriftführer Reimle. Anschließend hielt Kollege Kunzelmann (Danzig) einen Vortrag, in dem er auf die Kämpfe der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe im vergangenen Jahr einging und auf die Schwierigkeiten, die uns 1932 bringen kann, hinwies. Allein die Tatsache, daß sämtliche lästbaren Tarifverträge von Arbeitgebern seit gekündigt worden sind, zeigt, daß im neuen Jahr ernsthafte Auseinandersetzungen bevorstehen. Im Vertrauen auf die Stärke unserer gewerkschaftlichen Organisation sehen wir der Entwicklung in Ruhe entgegen.

Werbt für den Verband!

